

Seite:

I. Die Lage nach dem VII. Plenum des ZK der PZPR	1
II. Die Ereignisse um das VIII. Plenum und danach	7
1) VIII. Plenum des ZK der PZPR	11
2) Die Veränderungen in der Führung des ZK der PZPR und des Parteiapparates	14
3) Polnische Armee und Oktoberereignisse	18
4) Die neue Situation in der polnischen Gesellschaft	25
a) Neugestaltung der Beziehungen zwischen Partei, Staat und Kirche	26
b) Die Einführung der Arbeiterselbstverwaltungen - eine Hoffnung für die Arbeiterklasse -	28
c) Die Situation bei den Bauern	31
5) Oktoberereignisse und Moskau	33
6) Oktoberereignisse in Polen und kommunistische Welt	37
III. Zusammenfassender Überblick	41
1) Versuch einer Charakterisierung der Entwicklung	41
2) Die schwierige Situation in der Partei	45
3) Perspektiven der neuen polnischen Entwicklung	48

Anhang:

Einige biographische Notizen über die Mitglieder des
Politbüros und des Sekretariats des ZK der PZPR

Biographie Wladyslaw GOMULKAS

Kalender der unblutigen Revolution

I. Die Lage nach dem VII. Plenum des ZK der PZPR

Das VII. Plenum des ZK der PZPR sollte eigentlich eine neue Situation auf dem politisch-wirtschaftlichen und organisatorischen Gebiet der Arbeit der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei - PZPR schaffen. Es fand zwischen 18. und 28. Juli in Warschau unter sehr gespannten Verhältnissen in der Partei und im Lande statt. Als das Plenum des ZK tagte, weilte in Polen eine sowjetische Delegation mit BULGANIN an der Spitze und die gesamte Entwicklung in Polen stand unter dem Druck der Auswirkungen des Posener Aufstandes.

Während des VII. Plenums kam es zu einer auffälligen Umgruppierung der Kräfte innerhalb des ZK der PZPR. Während bisher die politischen Auseinandersetzungen innerhalb des ZK der PZPR hauptsächlich im Kampf zwischen zwei Gruppen, die Gruppe OCHAB und Gruppe CYRANKIEWICZ genannt wurden, vor sich gingen, brachten die Ereignisse nach dem Posener Aufstand eine neue Situation, die durch die Herauskristallisierung von drei Flügeln charakterisiert war. OCHAB trennte sich mit einer zahlenmässig grossen Gruppe von Funktionären von den radikal stalinistischen Elementen und bildete eine zentristische Gruppe, die zwischen beiden Flügeln vermitteln wollte, um mit Hilfe einer "Generallinie" die Situation in der Partei zu beherrschen. Diese Tatsache bildet den wichtigsten Schlüssel zum Verständnis der Beschlüsse des VII. Plenums des ZK der PZPR. Die Position der Ochabgruppe war damals im Hinblick auf die sowjetische Intervention in die polnischen inneren Angelegenheiten und auf die schwerwiegenden Auswirkungen des Posener Aufstandes das einzige Mindestprogramm, das zur Not auch durch die auf den entgegengesetzten Polen stehenden Kräfte akzeptierbar sein musste. Das bestätigte am besten CYRANKIEWICZ, der seine Rede während des VII. Plenums des ZK der PZPR mit folgenden Feststellungen beendete:

"Unser Plenum gibt der Arbeiterklasse und dem ganzen Volk eine klare Antwort darauf, dass sowohl die Führung wie auch die ganze Partei aufgrund der Generallinie einheitlich und zur Tat gerüstet ist, um konsequent die Leninschen Normen des Parteilebens, die Leitung und Entwicklung des Prozesses der Demokratisierung, d.h. die Entwicklung der Initiative der breiten Massen im Kampf um die Erhöhung des Wohlstandes, um die Verstärkung der Kraft und Entwicklung des Landes und die Verstärkung des brüderlichen Bündnisses mit der Sowjetunion und den sozialistischen Ländern in die Praxis umzusetzen ... Die Antwort, welche die Menschen der Arbeit in Polen, welche unser Volk, welche alle unsere Bruderparteien in der ganzen Welt nach unserem Plenum bekommen, wird nur eine sein: Wir werden noch stärker, noch mehr vereinigt, da wir mit den Arbeitermassen, mit dem Volk einig sind, da wir noch mehr zur Tat fähig sind, zu einem weiteren siegreichen Kampf um den Sozialismus in Polen."

Dieser Kompromiss, die sog. "Generallinie", war charakterisiert durch einige weitgehende Zugeständnisse auf wirtschaftlichem Gebiet einerseits, jedoch

gleichzeitig durch eine Verschärfung des Kurses auf politischem Gebiet. In den Referaten von OCHAB und CYRANKIEWICZ haben diese Charakteristika eine klare Widerspiegelung gefunden.

OCHAB gab in seinem Referat zu, dass die Partei auf wirtschaftlichem Gebiet grosse Fehler begangen hat, die Partei interessierte sich nicht für die Verbesserung der Bevölkerung. Diesen Fehler versuchte OCHAB zu schwächen, indem er sagte, dass die Partei in erster Linie während der letzten Jahre die Verteidigungskräfte des Landes aufbauen musste.

"Während zwei, drei Jahren haben wir eine starke Rüstungsindustrie geschaffen. Wir produzieren neue Geschütze, Tanks, Düsenflugzeuge und Radargeräte. Das war eine kolossale Leistung. Aber haben wir nur deswegen den Plan der Verbesserung des Lebensstandards nicht erfüllt? Nein, wir haben zweifellos grosse Fehler begangen. Wir haben in unseren Plan einen zu hohen nicht realen Plan des Anwachsens der landwirtschaftlichen Produktion hineingelegt. Wir haben die Landwirtschaft vernachlässigt. Man musste dort mehr helfen, als wir es getan haben. Es wurden Fehler gegenüber dem arbeitenden Bauern gemacht und es war viel Abenteuerliches in unserer Einstellung gegenüber den Kulaken... Die bürokratischen Verdrehungen, die infolge der übertriebenen Zentralisierung der Wirtschaft ihren demokratischen Charakter schwächten, der ein unanastbarer Teil des sozialistischen Aufbaues sein musste, lockerten die Beziehungen zwischen der Arbeiterklasse und der Wirtschaftsleitung des Landes, und zwischen den Belegschaften und Verwaltungen der grösseren Arbeitsbetriebe. Nur aufgrund der Schwächung des Bündnisses mit der Arbeiterklasse konnte diese schädliche Erscheinung auftreten, mit welcher wir als die Führung der Partei nicht rechtzeitig gekämpft hatten, und zwar die Schwächung der Sorge um die maximale Verbesserung des Lebens des arbeitenden Menschen."

Das gleiche wiederholte fast wörtlich CYRANKIEWICZ in seinem Referat. Beide Redner kündigten wichtige Erleichterungen, in erster Linie für die Bauern, an. Das war jenes Gebiet, wo die zentralistische Generallinie OCHABs versuchte, mit den Anhängern des demokratischen Kurses innerhalb und ausserhalb der Partei eine gemeinsame Sprache zu finden.

Aber es war ein anderer Komplex von Problemen, in welchem die Generallinie OCHABs den Rückzug gegenüber den Forderungen der Anhänger des demokratischen Kurses antrat. Das bezieht sich in erster Linie auf die Einschätzung des Posener Aufstandes, auf die Einstellung in Bezug auf die Freiheit der Presse und auf die Grenzen der Diskussionen über die Entstalinisierung und über die Probleme der allgemeinen "revolutionären Wachsamkeit".

In beiden Posener Ereignissen sieht OCHAB keinesfalls nur die Tätigkeit der feindlichen Agenturen, wie die sowjetische These lautete. Aber hinter diesen Ereignissen sieht er doch die Tätigkeit des "Feindes". OCHAB sagte u.a.:

"... Wir müssen die Verhältnisse durchanalysieren, die es ermöglichten, dass es gerade in der jetzigen Etappe unseres Kampfes um die Demokratisierung des Lebens der Gesellschaft, um die Rückkehr zu den Leninschen Normen, einer Gruppe der Unruhestifter und Demagogen gelungen war, einen Streik und Manifestationen in Posen hervorzurufen. Man muss auch versuchen, festzustellen, in welcher Weise es dem konterrevolutionären Untergrund gelang, die blutigen Provokationen und Unruhen auf den Straßen der Stadt hervorzurufen."

Man könnte noch mehrere Zitate solcher Art finden, die die Theorie OCHABs über den Feind beim Posener A ufstand illustrieren. Aber das Ausmass des Kompromisses zwischen den verschiedenen Flügeln der Partei während des VII. Plenums des ZK der PZPR kann man am besten aus der Tatsache erkennen, dass auch CYRANKIEWICZ sich dieser Theorie angeschlossen hat. In seiner Rede konnte man beispielsweise folgendes finden:

"Aus dem Posener Beispiel ist zu ersehen, wie sich der Feind in jeden Riß des Mißtrauens und der Bitterkeit hineinpresst."

Was das Problem der Demokratisierung des politischen Lebens, der Wiederherstellung der Presse- und Redefreiheit anbelangt, so kündigte OCHAB nicht nur eine Beschränkung derselben, sondern sogar administrative Massnahmen an. Er sagte, dass in vielen Fällen die "Diskussion" gegen alle bisherigen Errungenschaften, gegen die Grundlage unserer Politik hinsichtlich der SU, gegen die "Prinzipien unserer Ideologie" verstossen hat.

Nach OCHAB:

"Darf man hinsichtlich der Bedeutung der Freiheit der Kritik und vor allem der Kritik von unten, nicht vergessen, dass die Freiheit der Kritik nicht die Freiheit einer Kritik von jedermann sein darf. Wir wollen keine Kritik mit feindlichen Äusserungen. Wir wollen sie nicht und wir lassen sie nicht zu."

CYRANKIEWICZ ist in seiner Rede nicht soweit gegangen. Aber auch er zielte gleichfalls auf einen Kompromiss auf diesem Gebiet mit OCHAB, als er verlangte, dass die Partei die Führung des Demokratisierungsprozesses auf politischem Gebiet übernehmen und auf diese Weise die Pläne des Feindes durchkreuzen solle. Er meinte, dass der Kampf um eine echte Demokratisierung des Landes

"keine leichte Aufgabe ist, da der Klassenfeind noch immer am Werk ist, er versucht, die politische Aktivität der Massen zu übernehmen und in einer ihm entsprechenden Richtung zu steuern."

Diese Zitate genügen, um die sogenannte "Generallinie", die auf dem VII. Plenum des ZK der PZPR beschlossen wurde, entsprechend zu charakterisieren. Es scheint, dass die Unsicherheit im Lande nach dem Posener Aufstand und die

Bulganin-Intervention bei der Festlegung dieser Linie die wichtigste Rolle spielten. Aber schon einige Tage nach dem VII. Plenum zeigte sich, dass die Unentschlossenheit und die auf diesem Plenum angenommenen Kompromisse die Entwicklung in der Partei in eine Sackgasse brachten. Das Entstehen der Neugruppierung wurde beschleunigt. Die Streitigkeiten haben eine leidenschaftliche Form angenommen.

Das wichtigste Ereignis, das kurz vor dem VIII. Plenum für die ganze Entwicklung ausschlaggebend war, ist die endgültige Herauskristallisierung des prosovjatischen, prostalinistischen radikalen Flügels in der Partei einerseits und die Entstehung eines beschleunigten Prozesses der Annäherung der zentristischen Gruppe OCHAB an den demokratischen Flügel um CYRANKIEWICZ andererseits.

Zu dem radikalen prostalinistischen Flügel gehörten folgende Persönlichkeiten: Franciszek MASUR, Zenon NOWAK, Franciszek JOZWIAK-WITOLD - alle Mitglieder des letzten Politbüros. Ferner gehörten dieser Gruppe noch folgende führende Persönlichkeiten an: Vizeverteidigungsminister und Chef der politischen Hauptverwaltung der Armee, Brigadegeneral Kazimierz WITASZEWSKI, der Vorsitzende der Gewerkschaften, Wiktor KLOSIEWICZ und das Mitglied des ZK Kaszimirz MIJAL. Diese radikale Fraktion wurde als Natolingruppe bezeichnet, im Zusammenhang mit dem Ort Natolin, unweit von Warschau, wo in dem ehemaligen Palast des Grafen POTOCKI diese Gruppe ihre Zentrale gegründet hatte.

Was die Taktik der zentristischen Gruppe um OCHAB anbelangt, so ist festzustellen, dass im Laufe der Entwicklung nach dem VII. Plenum mehrere Persönlichkeiten aus dieser Gruppe begannen, ihre neutrale Stellung aufzugeben, und sich für den demokratischen Flügel zu entscheiden. Den wichtigsten Schritt hat auf diesem Gebiet das Mitglied des Politbüros, Roman ZAMBROWSKI, getan. Auf einer Versammlung der Ersten Sekretäre des Wojewodschaftskomitees und Abteilungsleiter beim ZK der Partei hielt er in der zweiten Septemberhälfte eine Rede, in welcher er für eine weitgehende Demokratisierung des politischen Lebens, für die Pressefreiheit plädierte.

Die Annäherung zwischen OCHAB und CYRANKIEWICZ entschied über das weitere Schicksal der Entwicklung innerhalb der Partei. Die Gründe für diesen wichtigen Prozess sind mannigfaltig. Man darf nicht vergessen, dass OCHAB und CYRANKIEWICZ aus Krakau stammen, und schon während der Universitätszeit in einem sehr engen und freundschaftlichen Kontakt standen. Die brutale Intervention BULGANINS in die inneren Angelegenheiten Polens verstärkte bei OCHAB seine Beziehungen zum demokratischen Flügel. Ferner ist bekannt, daß die Erlebnisse, die OCHAB als Delegierter der PZPR während des letzten

Kongresses der chinesischen Kommunisten in Peking, hatte, dabei eine wichtige Rolle spielten. Es ist bekannt, dass der polnische Gesandte in Peking, Oberst KYRYLUK, ein Gespräch zwischen Mao Tse-tung und OCHAB veranstaltete, bei welchem Mao Tse-tung sich geäußert hatte, dass die chinesischen Kommunisten jede Emanzipation der volksdemokratischen Länder in Bezug auf ihre Unabhängigkeit von Moskau begrüßen und unterstützen werden.

Aber das Wichtigste, was der Weiterentwicklung zwischen dem VII. und VIII. Plenum einen fieberhaften Charakter gegeben hatte, war die Aktivität und die Taktik der Natolin-Gruppe. Wie üblich, haben sich die radikalen Elemente als gute Organisatoren, gute Taktiker gezeigt. Sie haben formell für das weitgehende Programm der Demokratisierung des wirtschaftlichen und auch des politischen Lebens erklärt, sie waren auch für eine Bestrafung der Schuldigen, für die Repressalien während der Stalin-Ära. Sie erklärten sich für die weitgehendsten Reformen, nur um zu dem einen Ziel zu kommen und zwar dem, ihre Position in dem Parteiapparat zu behalten. Gleichzeitig steuerten sie eine demagogische Aktion innerhalb der Arbeiter, bei welcher zwei Argumente die wichtigsten waren: sie verlangten eine radikale Erhöhung der Arbeitslöhne und gleichzeitig hetzten sie die Arbeiter gegen die Intelligenz, in einigen Fällen auch gegen die Juden auf, um auf diese Weise eine entsprechende Atmosphäre für ihr Treiben zu schaffen. Die schlaue Taktik der Natolin-Gruppe hat ihren Kulminationspunkt erreicht, indem die Natolin-Gruppe sich für die Rückkehr GOMULKA in die Parteiführung und sogar zur Übergabe des Postens des Ersten Sekretärs der PZPR während des Februarkongresses der Partei im Jahre 1957 an ihn entschlossen hatte.

Diese gefährliche Taktik der Apparatschiks aus der Natolin-Gruppe beschleunigte die Reaktion von OCHAB und CYRANKIEWICZ. Zwischen beiden Gruppen kam es zu einer endgültigen Annäherung und gemeinsamen Aktion. Sie beschlossen nach entsprechenden Vorbereitungen die Einberufung des VIII. Plenums des ZK der PZPR auf welchem die Übergabe des Postens des Ersten Sekretärs der Partei an GOMULKA mit der gleichzeitigen Ausmerzung der Natolin-Gruppe aus der Partei und aus dem politischen Leben überhaupt erfolgen sollte.

Über alle diese Tatsachen sickerten Nachrichten nach dem Westen durch, es war auch bekannt, dass die Verhandlungen zwischen der Natolin-Gruppe und GOMULKA begonnen haben. Alle diese Tatsachen waren auch später offiziell bestätigt worden. Rundfunk und Presse veröffentlichten schon nach dem VIII. Plenum und nach den Ereignissen, die wir anschliessend besprechen werden, verschiedene authentische Berichte über diese Vorgänge zwischen den beiden Plenums. Von diesen Berichten wollen wir nur noch aus dem Kommentar Henryk HOLLAND, der am 28. Oktober in Radio Warschau u.a. folgendes gesagt hatte, zitieren:

"Die Ereignisse, des 18., 19., 20. und 21. Oktober, alles das, was auf dem VIII. Plenum geschehen ist und was um dieses Plenum in Warschau in den Hauptarbeiterzentren geschehen ist, war eine Folge eines langen verbissenen Kampfes um die Erneuerung des Sozialismus in unserem Lande, eines Kampfes, der auf dem VIII. Plenum noch kein Ende gefunden hat, der aber jetzt nach dem Sieg des Plenums unter Bedingungen weitergeht, die für die revolutionären Kräfte jetzt viel günstiger sind, als in der Vergangenheit ... Auf der anderen Seite standen in den letzten Monaten die Anhänger der Rückkehr zum Stalinismus, eine Fraktion und vielleicht besser gesagt, die Natolinkonföderation genannt, nach dem Ort ihrer Zusammenkünfte, Natolin bei Warschau. Diese Gruppe ist während des VII. Plenums und hernach mit verschiedenen nach dem ersten Anschein auch differenzierten Forderungen aufgetreten: einige mit antisemitischer Demagogie, andere mit demagogischen Wirtschaftsforderungen. Sie nutzten das Konkordat und die Unentschlossenheit der damaligen Hauptkernführung aus und wollten auf demagogische Weise die Postulate des revolutionären linken Flügels der Partei übernehmen. Sie waren sogar für eine Rückkehr Genossen Gomulkas in die Parteiführung, sie waren für die Bestrafung des polnischen 'Berjowschtschysma'. Aber die stalinistische Ahle ist aus dem Natolinsack hervorgekommen, besonders bei den Angriffen auf die Presse, bei den Angriffen auf verschiedene Personen und Vertreter der Parteilinken

+ + +

Bevor wir zu der Besprechung der Ereignisse während des VIII. Plenums und danach kommen, müssen wir noch einleitend die Rolle GOMULKAS während der Ereignisse zwischen dem VII. und VIII. Plenum erörtern. Auf einer Tagung des Warschauer Parteiaktivs erklärte OCHAB, dass GOMULKA freigelassen und rehabilitiert sei, dass die GOMULKA vorgeworfene Diversions- und Agententätigkeit unrichtig waren und dass auf diese Weise die ganze Verhaftung zu Unrecht geschah. Gleichzeitig betonte OCHAB, dass GOMULKA und seine politischen Freunde "ihren nationalistischen Bestrebungen den Traditionen der Arbeiterbewegung gegenüberstellten, und im Jahre 1948 für die Aufrechterhaltung der damaligen gesellschaftlichen und ökonomischen Kräfteverhältnisse eintraten". Das Zentralorgan des ZK der PZPR "Nowe Drogi" veröffentlichte einen Artikel des Sekretärs des ZK der PZPR, Jerzy MORAWSKY, in welchem u.a. noch folgendes stand:

"Gomulka und seine Leute verkündeten die Theorie des polnischen Weges zum Sozialismus. Die Losung selbst war nicht falsch, falsch war allerdings das, was Gomulka darunter verstanden hat. Bei ihm bedeutete das, das ein Bremsen des Prozesses der revolutionären Umgestaltungen die Stagnierung der Kräfteverhältnisse im Klassenkampf auf dem Lande, eine Stagnierung

nicht nur im ökonomischen Sektor, sondern auch in Kultur, Wissenschaft und Erziehung. Das bedeutete keinen Unterschied zum sowjetischen Weg zum Sozialismus, sondern eine Negation der Entwicklung zum Sozialismus."

Inzwischen wurde über GOMULKA nicht viel gehört. Man darf nicht vergessen, daß der gewaltige Tauwetterkurs in Polen, der sich nach dem XX. Parteitag und nach dem Tode BIERUTs entwickelt hat, mit dem "Gomulkismus" nichts gemein hat. Er wurde getragen von den jüngeren Kräften und sogar von mehreren Personen, die im Jahre 1948 keine freundliche Stellung gegenüber GOMULKA einnahmen. Aber das wichtigste ist dabei, dass die Probleme, die jetzt aufgerollt wurden, absolut neu waren, sie haben mit der Problematik aus der Zeit des Gomulkastreites nur sehr wenig gemeinsam. Auch in der Partei besaß GOMULKA keine Anhänger, und die beiden führenden Persönlichkeiten in der Partei, OCHAB und CYRANKIEWICZ, zeigten keinesfalls zu grosses Interesse für die Reaktivierung GOMULKAs im politischen Leben.

GOMULKA war jedoch bei den breiten Massen des polnischen Volkes populär. Er war ein Symbol eines Kampfes gegen Ungerechtigkeit und Willkür der stalinistischen Ara. Alle, Freunde und Gegner GOMULKAs, waren sich darüber einig, dass Gomulka die einzige repräsentative Persönlichkeit in der PZPR ist, deren Popularität die Situation in der Partei retten könnte. Seine Verhandlungen mit verschiedenen Gruppen innerhalb des ZK der PZPR, der verbissene Kampf zwischen der Natolingruppe und dem demokratischen Flügel der Partei, seine Popularität, das war die Staffage zu Gomulkas Wiederaufstieg. Aber man muss sich darüber im klaren sein, dass Gomulka durch einen soziologisch-politischen Prozess emporgetragen wurde, mit dem er wenig gemeinsam hatte. Am 5. August erschien das erste Kommuniqué über die Gespräche zwischen Gomulka und dem Politbüro. In der Verständigung zwischen OCHAB und CYRANKIEWICZ war die Rückkehr GOMULKAs in das politische Leben schon einige Tage früher eine beschlossene Sache.

II. Die Ereignisse um das VIII. Plenum und danach

Die Tagung des VIII. Plenums des ZK der PZPR hat am 19. Oktober begonnen. Die Nachrichten über dieses Plenum sind einige Tage vorher in Presse und Rundfunk erschienen, wie auch die Nachrichten über die Verhandlungen zwischen Politbüro und Gomulka. Das Parteiaktiv und besonders die Warschauer Parteiorganisation waren ausführlich über die Kämpfe innerhalb des ZK der PZPR informiert. Die wichtigste Tatsache, die bei der ganzen weiteren Entwicklung ausschlaggebend war, war die Entschlossenheit der Warschauer Parteiorganisatio

sich auf die Seite des antistalinistischen Flügels in der Partei zu stellen und mit allen Mitteln zu versuchen, den Plan des demokratischen Flügels in der Partei während des VIII. Plenums bei der Durchführung zu unterstützen.

Den Anfang des organisierten Drückes auf das VIII. Plenums machte die Warschauer Organisation der ZMP (Vereinigung der polnischen Jugend). Sie verfasste auf der Plenarsitzung ein Schreiben an das VIII. Plenum des ZK der PZPR, in welchem folgende drei Punkte zur Durchführung des Plenums vorgeschlagen wurden:

1. Veränderungen auf dem Gebiet des politischen Lebens müssen beschleunigt werden, die Demokratisierung des Lebens erfolgt zum Schaden der Partei zu langsam, die Heimlichkeiten im politischen Leben sollen abgeschafft werden;
2. Gomulka soll in die Parteiführung wieder aufgenommen werden;
3. Die administrative Kontrolle der Presse soll abgeschafft werden.

Am gleichen Tage wurde der Zentralrat der Gewerkschaften einberufen, um das Problem der Einführung der Arbeiterräte in die Betriebsleitung zu diskutieren. Der antistalinistische Teil des Zentralrates setzte eine Resolution durch, die vom VIII. Plenum eine Klärung der Stellungnahme der Parteiführung in Bezug auf die Einführung der Arbeiterräte verlangte. Dabei ist interessant, festzustellen, dass zur gleichen Zeit nicht nur in der Hauptstadt, sondern im ganzen Lande eine Massendiskussion über die Einführung der Arbeiterselbstverwaltung in den Betrieben eingeleitet wurde und dass ähnliche Resolutionen wie die des Zentralrates der Gewerkschaften in allen grösseren Städten und Betrieben gefasst wurden.

Am 19. Oktober, am ersten Tage des VIII. Plenums des ZK der PZPR, wurde bekannt, dass Gomulka, SPYCHALSKI, LOGA-SOWINSKI und KLISZKO in das ZK kooptiert wurden. Die Situation in Warschau war sehr gespannt. In allen Fabriken entstand eine Welle von Versammlungen. In einigen Betrieben erklärten sich die Parteifunktionäre für die Natolingruppe. Sie wurden sofort in turbulenten Sitzungen abgesetzt und durch neue ersetzt. Der Mittelpunkt der Ereignisse verlagerte sich auf die Parteiorganisation der Personenkraftwagenfabrik in Zeraniu. Die Versammlung der Parteiorganisation dieser Fabrik wählte eine Delegation von fünf Vertretern, die das VIII. Plenum besuchte und eine entsprechende Erklärung abgab. In der Erklärung stand u.a. folgendes:

"Wir erwarten, dass das VIII. Plenum des ZK der PZPR neben den gerechten politischen und organisatorischen Beschlüssen auch einige organisatorische und personelle Beschlüsse fassen wird, die der Einstellung der Massen und der Mitglieder entsprechen."

Das zweite wichtige Arbeiterzentrum für den neuen Kurs ist in der Warschauer

Motorräderfabrik entstanden. Die Arbeiter beider Fabriken nahmen Fühlung und beschlossen eine gemeinsame Aktion. Eine Konferenz des Aktivs der Parteiorganisationen der beiden Fabriken verlangte die Durchführung der Arbeiterselbstverwaltung in allen Betrieben. Anlässlich der verdächtigen Bewegungen der Armeeeinheiten in Warschau und Umgebung ordneten die Arbeiter Alarmbereitschaft in allen grösseren Warschauer Betrieben an. Auf Veranlassung der Parteiorganisationen sollten die Arbeiter ihre Arbeitsplätze über Nacht nicht verlassen, vor den Betrieben wurden Wachen aufgestellt, zwischen den auf diese Weise mobilisierten Arbeitern in den Betrieben wurde ein ständiger Kontakt und Kurierdienst organisiert.

Eine ähnliche Situation entstand auch bei den Warschauer Studenten. Am 19. 10. fanden an der Warschauer Universität und Technischen Hochschule Massenversammlungen der Studenten statt, die sich auch für den neuen Kurs in der Partei und für die Entfernung der Stalinisten erklärten.

Am 20. Oktober wurde bekannt, dass die sowjetische Delegation von CHRUSCHTSCHOW KAGANOWITSCH, MIKOJAN und MOLOTOW sich in Warschau befindet. Diese Tatsache erhöhte die allgemeine Erregung. Auf verschiedenen Versammlungen verlangte man die Bekanntgabe der Motive des sowjetischen Besuches. Eine Versammlung der Angestellten der Sender Stettin und Danzig verlangte in einer Resolution gleichfalls die Klärung des sowjetischen Besuches in Warschau. In der Resolution wurde von einem berechtigten Verdacht gesprochen, dass die sowjetische Seite sich in die inneren polnischen Angelegenheiten einmischen will. Die antisowjetische Stimmung verstärkte sich, nachdem bekannt geworden war, dass die "Prawda" einen brutalen antipolnischen Artikel veröffentlicht hatte. Die polnische Presse druckte diesen Artikel ab und die ersten Proteststimmen erschienen in der Öffentlichkeit. Das Präsidium der Vereinigung der polnischen Studenten äusserte sein Bedauern über den "Prawda"-Artikel und in dem Zentralorgan der PZPR "Trybuna Ludu", veröffentlichte Sofia ARTYMOWSKA einen scharfen Gegenartikel. Das Fieber der Versammlungen ergreift das ganze Land, Presse und Rundfunk berichten über Versammlungen in allen Orten des Landes, in welchen von jetzt ab neben der Demokratisierung von Unabhängigkeit und Gleichberechtigung in Bezug auf die SU gesprochen wird.

Die Nachricht von der Bildung des neuen Politbüros und die Rede GOMULKAs, die er am 21. Oktober auf dem VIII. Plenum gehalten hatte, lösten im ganzen Lande eine neue Welle von Versammlungen und Manifestationen aus. Im Mittelpunkt stand Warschau, wo die Manifestationen ihren Höhepunkt erreichten.

Nach den Berichten der Presse, die später veröffentlicht wurden, ist zu erfahren, dass die Manifestationen von verschiedenen Elementen und verschiedenen politischen Kräften organisiert worden waren. Das Organ der ZMP, "Sztandar

"Mlodych" vom 3. November 1956 beschreibt z.B. zahlreiche Manifestationen, die durch "klerikale" Elemente organisiert waren. Andere Zeitungen berichten über zahlreiche antisowjetische Demonstrationen, die von "Chuliganen" aufgezo- gen worden sein sollen. Es wurden auch Versuche gemacht, die Demonstrationen unter antisemitischen und nationalistischen Parolen zu organisieren. Bei ge- nauer Verfolgung aller dieser Ereignisse kann festgestellt werden, dass die Ereignisse in Warschau deswegen einen entsprechenden Charakter bekommen hatten, weil die Initiative der Warschauer Parteiorganisation in keinem Fall verloren wurde, weil die Parteiorganisationen der Warschauer Betriebe und der War- schauer Intelligenz sich in die Führung aller Ereignisse stellten und in mehreren Fällen, wenn die Gefahr bestand, dass die Manifestationen einen nicht erwünschten Charakter bekamen, sofort angriffen.

Auf diese Weise sehen wir die Staffage der Ereignisse während des VIII. Plenums des ZK der PZPR. Die inneren Kämpfe in der Partei spielten sich bei der Revolu- tion der gesamten Bevölkerung ab, die eine Klärung der Lage im ZK in Bezug auf die Demokratisierung auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet ver- langte. Der Druck der Gesellschaft, besonders aber der Druck der Warschauer Parteiorganisationen, beschleunigte gewisse Prozesse innerhalb des VIII. Plenums und trug dazu bei, dass dieses einen Wendepunkt in der Geschichte Polens dar- stellt.

Das bestätigten auch die polnische Presse und der polnische Rundfunk klar und eindeutig. Am 21. Oktober sagte der Kommentator Henryk HOLLAND folgendes:

" Die Arbeitermassen beobachteten die letzten Ereignisse nicht passiv. Sie halfen der Führung der Partei, den letzten Ereignissen eine revolutionäre Richtung zu geben. Jeder Versuch eines Gegenangriffs der reaktionären Kräfte, jeder Versuch der gemeinen Provokation wird entlarvt und durch Tau- sende von Warschauer Arbeitern und Soldaten, die an sonnigen Tagen wie auch in dunklen Nächten die Wache hielten, in der Wurzel zerstört ... Heute halten trotz des Sonntags die Belegschaften der Warschauer Betriebe aus eigener Initiative, aus eigenem Willen Wache. Frühling im Oktober, Frühling der erwachten Hoffnungen und des erwachten Nationalstolzes... Der Frühling der Erneuerung des Kommunismus und des Bündnisses der Partei mit den Massen geht über das ganze Land..."

Wir möchten jetzt nachstehend über den Verlauf des VIII. Plenums, die Ver- änderungen in der Parteiführung und über die Folgen dieser Veränderungen in der gesamten Partei genauer berichten. Gleichzeitig wird die Rolle der pol- nischen Armee bei den Ereignissen, sowie auch der Druck Moskaus gesondert geschildert.

1) VIII. Plenum des ZK der PZPR

Das VIII. Plenum des ZK der PZPR gehört zu jenen politischen Ereignissen in Polen, die nicht geheimgehalten werden. Einige Tage nach diesem Plenum erschien die nächste Nummer des Zentralorgans der PZPR "Nowe Drogi", die ein Stenografenprotokoll des Plenums enthält. Die 300.000 Exemplare dieser Nummer waren in Warschau sofort vergriffen und sie bilden einen gewaltigen Beitrag für die politische Beeinflussung der gesamten politischen Entwicklung in Polen.

Wir wollen uns hier nur auf das allgemeine Charakteristikum des Plenums beschränken, denn wir möchten uns in erster Linie auf jene Dokumente stützen, die während der Oktoberereignisse veröffentlicht wurden, und das erwähnte Protokoll verdient sowieso eine genauere Analyse. Aus diesem Protokoll ergibt sich in erster Linie ein Bild von den treibenden Motiven und Zielen der Natolingruppe. Fast alle Vertreter dieser Gruppe betonten, dass sie unter Druck Moskaus standen. BERMAN und MINC erklärten, dass sich Stalin persönlich für ihre Tätigkeit interessierte, dass Stalin beispielsweise die Entlassung der Sekretärin Bermans und später deren Verhaftung verlangte. Alle kommunistischen Führer, besonders BIERUT, lebten unter dem Druck des Stalinapparates, in ewiger Angst und unter ständiger Bedrohung. Einige der Erklärungen, die während des VIII. Plenums von den ehemaligen kommunistischen Führern abgegeben wurden, wie z.B. die Rede Jakob BERMANs, gehören zweifellos zu den traurigsten Dokumenten dieser Epoche. Nicht anders ist es mit der Rede von MINC.

Was die Taktik der Natolingruppe während des Plenums anbelangt, so ist aus zahlreichen, fast allen, Reden der Diskutanten aus dieser Gruppe zu erschen, dass nicht ideologische Motive bei ihren Bestrebungen die wichtigste Rolle spielten. Alle Diskutanten - wobei interessant ist zu erwähnen, dass die Hauptvertreter der Natolingruppe während des Krieges in der SU als Emigranten waren, - bezeugten ihren Opportunismus in Bezug auf die Einstellung gegenüber der SU. Sie glaubten nicht an eine demokratische Entwicklung in Rußland, und das Wichtigste, sie haben Angst vor Rußland. Sie wollten fast sagen, dass Moskau auch heute noch fähig ist, gemeinste Massnahmen gegenüber Polen anzuwenden, den jetzigen Kurs in Polen zu vernichten und dem ganzen polnischen Volke ungeheuren Schaden zuzufügen.

Aber dieser Opportunismus war und bleibt immer ein wesentlicher Bestandteil des Stalinismus. Das bedeutet, dass die Natolinanhänger sich in den innerparteilichen Kämpfen keinesfalls als "Opportunisten" gezeigt hatten. Um ihre Ziele zu erreichen, versuchten sie alle möglichen Mittel, von der Konspiration über die taktischen Zugeständnisse bis zur Organisierung der sowjetischen Intervention, sie kämpften fanatisch, um ihre Positionen im Parteiapparat nicht zu verlieren.

Sie bildeten auch deswegen ein schwieriges Problem für die Anhänger des demokratischen Flügels, dessen Sieg keinesfalls eine leichte Sache war.

Das erste Dokument, das im Zusammenhang mit dem VIII. Plenum veröffentlicht wurde, war die Sondernummer von "Trybuna Ludu", die gleich nach der Ernennung GOMULKAs zum Ersten Sekretär und nach der Wahl des neuen Politbüros erschienen ist. Neben dem Kommuniqué über die Wahl befand sich in dieser Sondernummer folgender Kommentar:

"Und so haben wir eine neue Leitung, eine Leitung, von der wir sagen können, dass sie nicht nur durch das ZK, sondern auch durch Hunderttausende von Menschen unseres Landes, durch unsere ganze Partei, gewählt wurde. Seit drei Tagen nehmen Hunderttausende von Menschen der Arbeit, Jugend, Intelligenz, Soldaten und Offiziere - unsere ganze Gesellschaft, das ganze Volk an den Beratungen des Plenums teil. Zum ersten Male seit Jahren ist durch die Oberste Instanz unserer Partei mit den Massen der Schaffenden ein so warmer Kontakt hergestellt worden. In den Betrieben, in den Schulen und Behörden, in den militärischen Zentren verfolgte man mit grösster Aufmerksamkeit den Verlauf der Beratungen, denn wir wussten alle, dass dieses Plenum eine durchschlagende Bedeutung für Partei und Land hat. In Hunderten, Tausenden von Resolutionen unterstützten die Arbeiter die demokratischen Kräfte im ZK, sie verlangten, dass in das neue Büro jene Genossen gewählt werden sollten, die nach dem VII. Plenum an der Spitze des Kampfes um eine konsequente Demokratisierung der wirtschaftlichen und politischen Ebene, um eine völlige Wiederherstellung der Leninschen Normen im innerparteilichen Leben, um eine innerparteiliche Demokratisierung standen. Genossen, welche sich in die Vorhut des Fortschritts in der Arbeiterbewegung gestellt hatten, sehen in einer konsequenten Durchführung der Beschlüsse des XX. Parteitagés der KP der SU einen Weg zur Verstärkung der Kräfte des Sozialismus, zur Verstärkung der nationalen Souveränität, zur Vertiefung der brüderlichen Freundschaft mit der SU und zur Zusammenarbeit aller sozialistischen Länder. Gleichzeitig widersetzte man sich in den Resolutionen in den Betrieben jenen Kräften, welche für die neuen Prozesse ein Hindernis waren. Das ZK, welches das Politbüro in einer solchen Zusammensetzung gewählt hat, befriedigte die Forderungen der Massen. Man kann sagen, dass es ein schönes Beispiel für eine Zusammenarbeit der Führung war, die sich an die Spitze der Massen gestellt hat und die Verwirklichung der gerechten Postulate der Massen in ihre Hände genommen hatte. Heute haben wir eine Führung, welche fähig ist, das Programm des VIII. und VII. Plenums zu realisieren. Wir haben heute die Führung, die fähig ist, die ganze Partei um sich zu scharen, die arbeitenden Massen des Landes, alle Menschen, welchen Fortschritt und Sozialismus am Herzen liegt."

Am 21. Oktober wurde in Warschau bekannt, dass die Natolingruppe einen Teil des ZK beschuldigte, diese übe mit Hilfe der Warschauer Parteiorganisationen einen Druck auf das ZK aus. Im Zusammenhang damit fand eine Versammlung der Parteiorganisation in der Personenkraftwagenfabrik in Zeraniu statt. Radio Warschau vom 21. Oktober berichtete folgendes über die Rede des Hauptreferenten auf dieser Versammlung:

"Die Beratungen des ZK dauern an. Das Auftreten einiger Genossen während des heutigen Plenums des ZK begann mit Angriffen auf die Warschauer Parteiorganisation mit der Behauptung, dass speziell in Warschau man einen Druck auf die Beratungen des Plenums des ZK inspiriert und vorbereitet."

Im Mittelpunkt des VIII. Plenums stand die Rede GOMULKAS, die u.a. sofort durch Presse und Rundfunk im ganzen Lande verbreitet wurde. Diese Rede bildet gleichzeitig ein Programm und die Hauptstütze der Beschlüsse des VIII. Plenums des ZK der PZPR. Im ersten Teil der Rede befasste sich GOMULKA mit einem kritischen Überblick über die Erfolge des Sechsjahrplanes, einem kritischen Überblick über die in der Landwirtschaft entstandene Lage und machte den Versuch, ein wahrhaftes Bild der schwierigen wirtschaftlichen Situation in Polen zu geben. Der zweite Teil der Rede gibt ein positives Programm GOMULKAS in Bezug auf verschiedene Aufgaben in allen Zweigen des wirtschaftlichen und politischen Lebens. GOMULKA ist für eine Veränderung der gesamten Struktur der Wirtschaftsleitung, für die Initiative der Arbeiterklasse bei der Organisation der Arbeiterselbstverwaltung, für die Veränderung der Preisgestaltung, für die Beseitigung aller Schwierigkeiten, besonders für die Änderung der Steuerpolitik bei der Entwicklung des Handwerks. Die Produktionsgenossenschaften auf dem Lande sollen nur auf freiwilliger Basis entstehen, die Mitglieder sollen in den Genossenschaften alle Rechte besitzen und die Kompetenzen beim Recht auf Einkäufe landwirtschaftlicher Maschinen und bei Investitionen sollen bei Genossenschaften nicht beschränkt werden. "Der Sozialismus auf dem Dorfe kann sich nur auf der Basis des Wohlstandes der arbeitenden Bauern entwickeln". Die Politik der Ruinierung der reichen Bauern muss eingestellt werden. Der dritte Teil der Rede GOMULKAS befasste sich mit den Beziehungen zu der SU, die sich auf der Basis der Gleichberechtigung und Nichteinmischung in innere Angelegenheit entwickeln müssen, einer Kritik des Stalinismus und einer Erklärung über die "Demokratisierung als dem einzigen Weg zum Sozialismus". GOMULKA ist für eine Erweiterung der Rechte des Sejms, für ein neues Wahlsystem und für die Vertiefung der Demokratisierung des politischen Lebens. In Wirklichkeit haben alle Diskutanten das Programms GOMULKAS unterstützt und der Kampf zwischen den Anhängern der Natolingruppe und dem demokratischen Flügel war, wie wir bereits gesagt hatten, mehr als ein Kampf um die Erhaltung eines gewissen Einflusses durch die Natolingruppe im Parteiapparat.

Neben der Wahl des neuen Politbüros und Sekretariats wurden verschiedene Kommissionen gewählt, deren Bedeutung von grösster Wichtigkeit für die innerpolitische Entwicklung ist. So wurde eine Kommission für die Kontrolle der Vergehen jener Mitglieder des ZK eingesetzt, die für die Tätigkeit der Sicherheitsorgane verantwortlich waren. Zu dieser Kommission gehören Roman NOWAK, Ostap BLUSKY, Zenon KLISZKO, Edmund PSZCZOLKOWSKI, Marjan RYBICKI. Es wurde eine Kommission für die Angelegenheiten der ehemaligen Mitglieder der Polnischen Sozialistischen Partei eingesetzt und zwar in der folgenden Zusammensetzung: LOGA-SOWINSKI, BARANOWSKI, JABLONSKY, MOTYKA, ZABORSKI, ERBLAN, Ausserdem wurden zwei parteistaatliche Kommissionen gegründet und zwar eine Kommission für kirchliche Angelegenheiten und eine Kommission für wirtschaftliche Experimente. Die letztere bestand schon früher, war aber inaktiv und wurde jetzt reorganisiert. Einige Tage nach dem Plenum entstand noch ein Parteikreis für Wehrmatsangelegenheiten ("zespol partyjny dla spraw wojska").

Das VIII. Plenum des ZK der PZPR bereinigte die Situation innerhalb der Parteiführung in erster Linie dadurch, dass die Anhänger des stalinistischen Flügels, die sog. Natolingruppe, aus der Parteiführung entfernt wurden. Die taktischen Kombinationen der Natolingruppe wurden, wie der Warschauer Kommentator Holland sagte, durchkreuzt. Er sagte wörtlich, "das VIII. Plenum brachte für die Natolingruppe einen Schlag, es ist der Anfang ihres politischen Todes als Führer der Arbeiterklasse".

2) Die Veränderungen in der Führung des ZK der PZPR und des Parteiapparates.

Am 20. Oktober wurde das neue Politbüro des ZK der PZPR sowie das neue Sekretariat gewählt. Dem neuen Politbüro gehören folgende Personen an: CYRANKIEWICZ, GOMULKA, JENDRYCHOWSKI, LOGA-SOWINSKI, MORAWSKI, OCHAB, RAPACKI, ZAMBROWSKI, ZAWADZKI. Dem neuen Sekretariat gehören an: ALBRECHT, GIEREK, GOMULKA, JAROSINKSKI, MATWIN, OCHAB, ZAMBROWSKI.

Aus den Personalien ersehen wir, dass die gesamte prosovjetsche und prostalinistische Gruppe aus dem Politbüro entfernt wurde und zwar: Zenon NOWAK, Franciszek MASUR, Franciszek JOZWIAK-WITOLD. Ausserdem sind entfernt worden: Marschall ROKOSSOWSKI, W. DWORAKOWSKI und Roman NOWAK. Was Marschall Rokossowski anbelangt, so scheint seine Entfernung aus dem Politbüro politische Gründe zu haben. Jedoch sind im Fall DWORAKOWSKI und NOWAK andere Gründe ausschlaggebend gewesen. (DWORAKOWSKI krank, Roman NOWAK eine Durchschnittlichkeit.)

In dem neuen Politbüro scheinen drei Persönlichkeiten die wichtigste Rolle zu spielen: GOMULKA - Sekretär des ZK der PZPR, CYRANKIEWICZ -

als Premierminister, ZAWADZKI - als Vorsitzender des Staatsrates, welcher Posten dem des Staatspräsidenten entspricht.

Im Politbüro ist die Gruppe der CYRANKIEWICZ-Anhänger die stärkste. Zu dieser Gruppe gehören neben CYRANKIEWICZ, Stefan JENDRYCHOWSKI, Adam RAPACKI, sowie auch ZAWADZKI. Während die drei ersteren ehemalige PPS-Mitglieder (Polnische Sozialistische Partei) waren, ist ZAWADZKI ein ehemaliger Kommunist, der nach dem XX. Parteitag, zusammen mit CYRANKIEWICZ, den "Tauwetterkurs" unterstützte.

Die OCHAB-Leute bilden die zweite Gruppe. Zu diesen gehören neben OCHAB, Roman ZAMBROWSKI und Jerzy MORAWSKI.

Die dritte Gruppe besteht aus GOMULKA und LOGA-SOWINSKI.

Was die Situation in dem neuen Sekretariat anbelangt, so ist dort die OCHAB-Gruppe die stärkste. Zu dieser Gruppe gehören neben OCHAB folgende Sekretäre: Jerzy ALBRECHT, Roman ZAMBROWSKI, Edward GIEREK und Wladyslaw MATWIN. Die beiden letzteren verhielten sich vor dem VII. Plenum noch neutral, gelten aber trotzdem als engste Mitarbeiter OCHABs.

Als Vertreter der CYRANKIEWICZ-Gruppe im neuen Sekretariat ist Witold JAROSINSKI zu bezeichnen.

Daraus ist zu ersehen, dass an sogenannten "Gomulkisten" im Sekretariat allein GOMULKA ist.

Der nicht homogene Charakter des Politbüros und des Sekretariats zeigt sich am besten aus der Anwesenheit ALBRECHTs auf dem Posten des Sekretärs. Es ist bekannt, dass zurzeit der Repressalien gegen GOMULKA, ALBRECHT sich besonders in der Aktion gegen die GOMULKA-Anhänger engagierte und für die Liquidierung BOREJSZAs, eines engsten Mitarbeiters GOMULKAs, persönlich verantwortlich war. Bei der Analyse der Personalien der neuen Parteiführung ist noch auffällig, dass zwei Sekretäre, und zwar JAROSINSKI und GIEREK, während des Krieges im Westen waren und als sogen. "westliche Kommunisten" gelten, d.h. Kommunisten, die ihre Ausbildung und politische Erfahrung nicht in Polen oder Russland, sondern im Westen erhalten.

Einige Tage nach dem VIII. Plenum fand im ganzen Lande eine Aktion der Entstalinisierung des gesamten Parteiapparates statt. Diese Aktion hatte spontanen Charakter und das ZK und seine neuen Parteiorgane waren nicht imstande, die Situation zu beherrschen oder zu lenken. Nach Radio Warschau vom 26. 10. wurde während des Plenums der Sekretaratskomitees in Krakaus der erste Sekretär BRODZINSKI, wegen "Hemmung der Demokratisierung" abgesetzt.

Auch die übrigen Sekretäre GABAR, NIEDUZIAK und LUTEK mussten gehen. Es wurde ein neues Sekretariat, zusammengesetzt aus folgenden Personen, gewählt: Boleslav DROBNER, Stefan KRZAKIEWICZ, WALDENBERG und TARCO. Das Plenum dauerte einige Tage. Am gleichen Tage meldete der Rundfunk die Abhaltung des Plenums des Wojewodschaftskomitees der PZPR in Bydgoszcz (Bromberg). Die beiden Sekretäre KRUCZEK und MALICKI wurden als "Feinde der Demokratisierung" abgesetzt. Das neue Sekretariat wurde gewählt.

Zugleich kamen die Nachrichten über das Plenum des Wojewodschaftskomitees der PZPR in Warschau. Nach heftigen Diskussionen trat das gesamte Exekutivkomitee zurück. Besonders der erste Sekretär PAWLAK wurde wegen seiner Beziehungen zur Natolingruppe heftig kritisiert. Neuer erster Sekretär wurde Z. ENGEL.

Die zweitägige Tagung des Stadtkomitees in Poznan (Posen) wurde beendet. Neue Sekretäre wurden gewählt.

Während des Wojewodschaftskomitees der PZPR in Gdansk (Danzig) sind die Sekretäre Jan TRUSZ und Izydor KUNAT zurückgetreten. Folgendes neue Sekretariat wurde gewählt: MACHNO, DEKLEW und H. WINTER.

Während des Plenums des Wojewodschaftskomitees der PZPR in Olsztyn (Allenstein) übte der Erste Sekretär Jan KLECHA Selbstkritik. Eine neue Exekutive und ein neues Sekretariat wurden gewählt. Zum Ersten Sekretär wurde Stanislaw TOMASZEWSKI ernannt.

Das alles sind Meldungen nur von einem Tage und zwar vom 26. Oktober. Wir müssen hier betonen, dass fast alle diese Parteiversammlungen sehr turbulenten Charakter hatten und dass das zentrale Problem, das für die Reorganisation des Parteiapparates massgebend war, die Einstellung der Parteifunktionäre zur Demokratisierung der Partei darstellte. Alle "Feinde der Demokratisierung" wurden rücksichtslos entfernt, auch in solchen Fällen, in denen sie Selbstkritik übten und Erklärungen über die Anerkennung der neuen Linie in der Partei abgaben.

Am 27. Oktober kamen weitere Meldungen über die Veränderungen im Parteiapparat im Lande.

Während eines Plenums des Wojewodschaftskomitees der PZPR in Zielona Gora ist der Erste Sekretär Feliks LOREK zurückgetreten. Die neuen Sekretäre sind: WIECZOREK, ZAREMBA, SZYMANSKI und KOSIAK.

In Lublin wurden das neue Exekutivkomitee und das neue Sekretariat gewählt. Der Erste Sekretär Bazyli HOŁOD übte Selbstkritik und erklärte, dass er stets für die Demokratisierung der Partei war. Das neue Sekretariat wurde gewählt. Am 28. Oktober berichtete Radio Warschau über die Neuwahl des Sekretariats des Wojewodschaftskomitees in Kielce. Exekutive und Sekretariat sind zurückgetreten. An die Spitze der neuen Exekutive wurde WACHOWSKI gestellt. In Oppeln ist nach zweitägigem Plenum des Wojewodschaftskomitees der Erste Sekretär Jan MROCHEN zurückgetreten. Zum Vorsitzenden des Exekutivkomitees wurde der frühere Sekretär Roman NOWAK gewählt. Während des Plenums der PZPR in Bialystok ist der Erste Sekretär Jan JABLONSKI zurückgetreten.

Ferner kamen später Meldungen über die Wahl des neuen Exekutivkomitees während des Plenums des PZPR in Warschau, über den Rücktritt des gesamten Exekutivkomitees während des Plenums des Wojewodschaftskomitees in Wrocław (Breslau).

Am 3. November kam die Nachricht über das Plenum des Stadtkomitees der PZPR in Łódź. In das neue Sekretariat sind folgende Personen gewählt worden: Marjan MISKIEWICZ, Henryk TOMCZAK und Waclaw IWAKIEWICZ.

Während des Plenums der PZPR in Katowice (Kattowitz) wurde der Erste Sekretär Josef OLSZEWSKI wieder auf seinen Posten gewählt, ebenso wie einer der früheren Sekretäre Piotr MAZELON. Die anderen Sekretäre und zwar KORCZYNSKI, KONGUL und CZCIONKA wurden als "Feinde der Demokratisierung" nicht wieder gewählt.

Aus diesen Berichten sehen wir, dass schon innerhalb weniger Tage nach dem VIII. Plenum in der PZPR eine grundlegende Reorganisierung des gesamten Apparates stattgefunden hat. Eine Analyse der Personalien der neuen Parteisekretäre in den Wojewodschaftskomitees zeigt, dass nicht nur die Stalinisten aus dem Parteiapparat rücksichtslos entfernt wurden, sondern auch, dass die neuen Sekretäre radikale Verfechter des Demokratisierungskurses in der Partei sind, die Mehrzahl von ihnen sind ehemalige Mitglieder der PPS (Polnische Sozialistische Partei) oder örtliche Gewerkschaftsfunktionäre. Diese Tatsache bedeutet eine einschneidende Veränderung des Gesichts der Partei. Wir werden dieses Problem noch eingehend erörtern. Hier soll nur bemerkt werden, dass diese Veränderung, die auf direkte Initiative der Parteimasse erfolgte, in den Wojewodschaftskomitees eine viel weitgehendere "Demokratisierung" und Entstalinisierung des Apparates brachte, als es während des VIII. Plenums des ZK der PZPR in den höchsten Parteiorganen geschehen ist.

Dass diese Aktion spontan und sogar eine Überraschung für die Parteizentrale und GOMULKA selbst war, beweist eindeutig die Rede GOMULKAs, die er am 3. 11. auf einer Konferenz des Parteiaktivs der PZPR in Warschau hielt. In dieser Rede sagte er, dass "man sich bei Vornahme von Veränderungen genau überlegen sollte", dass diese Veränderungen "nicht spontan sein dürfen". GOMULKA bestätigte, dass während der Kämpfe im ZK es zu einer Spaltung innerhalb des ZK kam, dass eine "Natolingruppe" und eine "Pulawska-Gruppe" entstanden sind. Aber GOMULKA betonte, dass

"man die Parteimitglieder nicht nach ihren früheren Anschauungen einschätzen darf, sondern nach ihrer jetzigen Arbeit... Die Partei muss von oben bis unten einheitlich sein."

In der gleichen Rede äusserte sich GOMULKA gegen den Versuch, die Parteimitglieder in "alte und neue" zu teilen. Alle diese Ausserungen Gomulkas bestätigen nur, dass eine radikale Veränderung des Parteiapparates in gewissem Masse auf revolutionäre Weise geschehen ist, daß diese Veränderung ein spontaner und nicht ein von der Parteizentrale inspirierter Schritt war.

3) Polnische Armee und Oktoberereignisse

Um die Rolle der polnischen Armee während der Oktoberereignisse zu charakterisieren, müssen wir zu Beginn feststellen, dass diese einen besonderen Apparat innerhalb der polnischen Gesellschaft darstellt. Unter der Führung Marschall ROKOSSOWSKI wurde die polnische Armee auf ganz neuen Prinzipien aufgebaut, - bei welchen die sowjetischen Experten und die Polen, die aus verschiedenen Gründen längere Zeit in der SU waren, die Hauptrolle spielten. Rokossowski versuchte die polnische Armee "neutral" zu halten, jedoch stand fest, dass oben in verschiedenen Apparaten der polnischen Armee, besonders aber in der Hauptverwaltung für politische Erziehung, die Stalinisten für sich eine sehr wichtige Position ausbauten.

Die Situation der polnischen Armee während der letzten Entwicklung in Polen konnte man in folgender Weise charakterisieren: Marschall Rokossowski wollte die Armee "neutral" sehen, die oberste Spitze war mit russischen Experten durchsetzt, die meisten Oberbefehlshaber aller Wehrbezirke und die meisten Oberbefehlshaber der verschiedenen Waffengattungen waren "Polen aus Russland", die politische Hauptverwaltung der Armee mit Brigadegeneral WITASZEWSKI an der Spitze befand sich völlig in stalinistischen Händen.

Mit dieser Lage in der Armee waren die Vertreter des Demokratisierungskurses nicht zufrieden. Zwischen dem VII. und VIII. Plenum des ZK der PZPR entfalteten sie eine planmässige Aktion mit dem Ziel, diese Verhältnisse in der

Armee zu ändern. Sie stützten sich in erster Linie auf die Studenten verschiedener militärischer Schulen, hauptsächlich in Warschau. Ferner ist es den Anhängern des Demokratisierungskurses gelungen, Einfluss auf verschiedene militärische Zeitungen, besonders aber auf die Redaktion von "Zolnierz Wolnosci" zu gewinnen. Im Monat Oktober entfalteten die Anhänger des demokratischen Kurses eine öffentliche Diskussion über die Verhältnisse in der Armee. Den Anfang bei dieser Diskussion machte die Militärzeitung "Zolnierz Wolnosci" selbst. In einer Oktobernummer dieser Zeitung erschien ein Artikel, in welchem darauf hingewiesen wurde, dass die nach dem XX. Parteitag und nach dem VII. Plenum neu entstandene Lage eine Umstellung der Menschen in Bezug auf die Armeangelegenheiten geschaffen hat. Die Gesellschaft will das Bündnis mit der Armee noch mehr intensivieren. Das bedeutet, dass der Prozess der Demokratisierung auch eine Neueinstellung der Offiziere und Unteroffiziere bedingt. Die Oktobernummer von "Zolnierz Wolnosci" schreibt wörtlich folgendes:

"Die Verstärkung der Interessiertheit der Öffentlichkeit an militärischen Angelegenheiten hat einen Teil des Armeekaders überrascht. Er war politisch unvorbereitet, der Gesellschaft eine Abrechnung vorlegen zu können. Das spiegelt sich auch u.a. in der unwilligen, manohmal sogar von heiligem Zorn übersäten Reaktion einzelner Offiziere auf jegliche Kritik, die sich auf die Armee bezieht, wider."

"Im Zusammenhang damit ist sehr wichtig und bedarf einer sofortigen Durchführung die Aufgabe der Parteiorganisationen, den Kampf mit den innerhalb eines Teils unserer Kader herrschenden Stimmung über den Avantgardismus der Armee, die Verachtung der Zivilisten, die Tendenzen, sich der Kontrolle der öffentlichen Meinung zu entziehen und sogar, sich über die Gesellschaft zu stellen, zu übernehmen. In der polnischen Volksarmee sind diese Erscheinungen ohne Begründung, sie sind fremd und schädlich. Wir müssen bescheiden sein, wir sind eine Armee des Volkes, welche dem Volke dient und welche der Macht des Volkes untergeordnet ist, d.h. also, auch seiner Kontrolle."

Dieser Artikel hat in der polnischen Öffentlichkeit ein sehr starkes Echo gefunden. Der polnische Rundfunk und mehrere polnische Zeitungen brachten zahlreiche Zitate aus diesem Artikel und solidarisierten sich vollständig mit den Forderungen des Autors. Die Tageszeitung "Zycie Warszawy" vom 11. 10. 56 brachte gleichfalls verschiedene Zitate aus diesem Artikel und betonte, dass die Isoliertheit und die Kritikunbeliebtheit die wichtigsten Mängel eines Teils der militärischen Kader in der polnischen Armee sind. "Zycie Warszawy" schreibt, dass

"der Soldat unter keinem Glassturz lebt und auch nicht leben will, und die Gesellschaft hat nicht nur das Recht, sondern ist sogar verpflichtet,

sich mehr als bisher mit dem Leben seiner Armee zu befassen."

In diesem Sinne äusserten sich auch andere Stimmen in Presse und Rundfunk, was eindeutig auf eine gut vorbereitete und von dem demokratischen Flügel der Partei gesteuerte Aktion hinweist. Besonders der Warschauer Rundfunk, der sich völlig in den Händen der Antistalinisten befand, unterstützte leidenschaftlich diese Diskussion über die Armee. Z.B. veröffentlichte Radio Warschau vom 10. Oktober 1956 einen Kommentar, in welchem u.a. folgendes gesagt wurde:

"Der Prozess der demokratischen Veränderungen darf nicht die Armee beiseiteschieben, eine Armee, die einen unabtrennbaren Teil des Volkes bildet. Es besteht keine Notwendigkeit, dass die Zustände in der Armee, die Erziehungsarbeit, die Tätigkeit des ZMP ausserhalb der Kontrolle der Gesellschaft stehen sollen."

So sehen wir, dass die Oktoberereignisse die Armee bei ihrer "neutralen Position" nicht ganz überrascht haben. Eine mutige Aktion, die Armee zu entstalinisieren, sie an die gesamte Entwicklung in Polen zu binden, war schon vor diesen Ereignissen im Gange und hatte auffallende Erfolge gebracht. Trotzdem war die mit russischen Experten und Stalinisten durchsetzte Führung unerschüttert. Als das VIII. Plenum des ZK der PZPR seine Beratungen aufgenommen hatte und als klar wurde, dass diese unter dem starken Druck der Warschauer Arbeitermasse und der Parteiorganisationen der Warschauer Intelligenz steht, entschloss sich die Führung der Armee zu einer Hilfsaktion für die Stalinisten im ZK der PZPR. Verschiedene Einheiten der polnischen Armee erhielten Befehl, nach Warschau zu marschieren. Über diese Ereignisse berichtet am besten die polnische Presse selbst. Die Warschauer Wochenzeitschrift "Po Prostu" vom 28. Oktober 56 veröffentlichte eine Reportage von Witold WIRPSZA unter dem Titel "Chronik der grossen Tage". Die Ereignisse, die sich am Freitag, den 19. Oktober, in Warschau abspielten und bei welchen die Bewegungen der polnischen Armee eine Rolle spielen sollten, sind dort geschildert, wie folgt:

"Der Verlauf der Ereignisse des Freitag hat mit der Ankunft der Delegation der KP der SU und dem Beginn der Beratungen des Plenums seinen Anfang genommen. Es beginnen die Gespräche unserer Parteileitung mit den sowjetischen Genossen. Alles dies geschah unter der merkwürdigen Begleitung der Bewegung der Armee-Einheiten. Die Hauptursachen der Freitagsergebnisse liegen nicht ausserhalb der Grenzen unseres Landes, sondern innerhalb derselben. Die gleichen Menschen, die vor einem rettungslosen politischen Untergang standen, versuchten nach der Methode einer Provokation zu greifen. Die gleichen Menschen, die einen Marsch der regulären militärischen Einheiten auf die Hauptstadt angeordnet hatten, in dem Moment, als das ZK seine Sitzung begonnen hatte, die gleichen Menschen

waren imstande, die Führung oder einen Teil der Führung der KP der SU falsch zu informieren, Alarm zu geben, dass die Ereignisse in Polen eine bourgeoise Konterrevolution bedeuten, die die Zerschlagung des sozialistischen Lagers gefährden, und mit Hilfe von Provokation und Sabotage den gesamten revolutionären Prozess der Demokratisierung der Partei und des ganzen Landes aufhalten konnte. Die sowjetischen Genossen sind tatsächlich besorgt um das Schicksal des Sozialismus bei uns nach Polen gekommen. Das konnte nur der Erfolg einer Desinformation sein. Ein Bestandteil dieser Information war der bekannte Artikel in der "Prawda".

Diesen Bericht zitieren wir nur als einen von mehreren Berichten, die eindeutig bestätigen, dass die polnischen Armeeführer sich zu einem Druck während des VIII. Plenums in Form der Bewegungen der Militäreinheiten entschlossen hatten, dass ein Plan bestand, die polnische Armee zur Verfügung der Stalinisten innerhalb des ZK der PZPR zu stellen. Die Anhänger des demokratischen Flügels haben gegen diesen Plan zweierlei Gegenmassnahmen ergriffen: Man mobilisierte die Warschauer Arbeiter und bewaffnete sie auch teilweise, und man brachte den gesamten Apparat in der Armee, der sich inzwischen gegen die Stalinisten ausgesprochen hatte, in Bewegung.

Die bereits erwähnte Zeitschrift "Po Prostu" vom 28. Oktober 56 berichtet über die ersten Massnahmen folgendes:

"Den Bewegungen der Armee-Einheiten setzte die Arbeiterklasse einen Alarmzustand in den Betrieben entgegen... Und so kam die Nacht. Eine entscheidende Nacht vom Freitag auf Samstag. Neben der Fabrik der Personenkraftwagen in Zeraniu, wo die Arbeiter in voller Mobilisierung und Bereitschaft waren, standen Soldaten aus Nichtwarschauer Garnisonen. Auf den Strassen des Stadtviertels Wola kam eine unbekannte verirrte militärische Einheit. Die Strassen der Stadtmitte waren leer, aber hinter dieser Leere verbarg sich die Unruhe ... Samstag ... die aus den Vororten zur Arbeit gekommenen Menschen erzählten von der Anwesenheit der Armee ringsum die Hauptstadt, man begann gleichzeitig über ihre langsame Zurückziehung zu sprechen..."

Die gleiche Zeitschrift berichtet, dass die polnische Presse eine so wichtige Angelegenheit wie die Bewegungen des Militärs verschwiegen hat. Das ist auch nur teilweise richtig, denn die Presse wie auch der Rundfunk veröffentlichten mehr solcher Berichte wie der zitierte Bericht von "Po Prostu". Einige Zeitungen machten das in einer indirekten Form, indem sie über die "Bayonette" sprachen, welchen "die revolutionäre Arbeiterklasse Warschaus gegenüberstanden hatte".

Aber schon in den folgenden Stunden begannen die Antistalinisten eine revolutionäre Aktion innerhalb der polnischen Armee selbst.

Gleich nach GOMULKAs Rede am 21. Oktober fand in der Militärischen Technischen Akademie in Warschau die erste Versammlung statt, zu welcher neben Offizieren und Hörern der Akademie die Vertreter der Arbeiter aus der Personkraftwagenfabrik in Zaraniu gekommen waren. Die Redner verlangten "Einigkeit der Armee mit der Arbeiterklasse und dem Volk". Die Versammlung beschloss eine Resolution, in welcher sie GOMULKA und den Kurs zur Demokratisierung unterstützt.

Am 22. Oktober erschien die neue Nummer der Soldatenzeitung "Zolnierz Wolnosci". Im Leitartikel berichtete man, dass in allen Garnisonen die Offiziere und Soldaten die Ereignisse in Warschau und den Verlauf des VIII. Plenums verfolgen. "Mit grösster Freude begrüßen wir die Wahl des neuen Politbüros und Sekretariats". "Zolnierz Wolnosci" beklagt sich gleichzeitig, dass in der Armee "Personen waren, die die Armee vom Demokratisierungsprozess fernhalten wollten."

Die Anhänger des demokratischen Flügels haben jetzt ein sehr schwerwiegendes Argument in den Kampf geworfen, und zwar die Erschiessung von 19 unschuldigen Stabsoffizieren der polnischen Armee, die in der Stalin-Ära geschehen ist. Schon am 22. Oktober brachte der Warschauer Rundfunk die Nachricht, dass auf vielen Versammlungen der Offiziere eine völlige Rehabilitierung der unschuldig verurteilten Offiziere verlangt wurde. An diesem Tage fand auch eine Versammlung der Offiziere des Oberkommandos der Artillerie der polnischen Armee statt. In einer Resolution forderten die Offiziere "eine sofortige Prüfung der politisch-erzieherischen Arbeit in der polnischen Armee und eine Demokratisierung des politischen Lebens in allen Einheiten". Zur gleichen Stunde fand die Versammlung der Angestellten der Militärstaatsanwaltschaft und des Militärgerichts statt, die ebenfalls in einer Resolution eine Rehabilitierung der unschuldig liquidierten Offiziere und Bestrafung der Verantwortlichen forderte. Eine Versammlung der Hörer der Militärischen Politischen Dzierzynski-Akademie in Warschau erklärte sich für G. mulka, für eine einheitliche Front der Armee mit der Arbeiterklasse, für die Demokratisierung. Die Sender von Danzig und Stettin wiederholten mehrere Berichte über die Massenversammlungen in den Marineeinheiten.

So war der Grund für die erste wichtige personelle Veränderung in der polnischen Armee gelegt und zwar die Abberufung des Vizeverteidigungsministers Brigadegeneral Kazimierz WITASZEWSKI von seinem Posten des Vizeministers und Chefs der Hauptverwaltung für politische Erziehung und die Ernennung

des engen Mitarbeiters von Gomulka, des Divisionsgenerals Marian SPYCHALSKI. Dies geschah am 23. Oktober in Form einer Anordnung des Verteidigungsministers. Am gleichen Tage meldeten die Presse- und Rundfunkberichte eine Welle von Versammlungen in verschiedenen militärischen Einheiten im ganzen Lande. Die Parteiversammlung im Oberkommando der Luftwaffe erklärte sich für die Beschlüsse des VIII. Plenums und fasste eine scharfe Resolution, in welcher die Rehabilitierung der liquidierten Offiziere, Bestrafung der Schuldigen und die Reorganisierung des gesamten politisch-erzieherischen Apparates der Armee verlangt wurde. Die Angestellten der Hauptverwaltung für politische Erziehung haben auf einer Versammlung die Absetzung von Brigadegeneral WITASZEWSKI begrüsst.

Am 24. Oktober fand die Versammlung von Offizieren, Unteroffizieren, Soldaten und Angestellten in der Swierczewski-Akademie statt, auf welcher die Ernennung General SPYCHALSKIs begrüsst wurde. An diesem Tage hielt GOMULKA auf dem Defiladenplatz in Warschau eine Rede, in welcher er u.a. folgendes sagte:

"Ich danke den Soldaten und Offizieren der polnischen Armee, die der Partei und Regierung ihre Treue bewiesen und ihre Unterstützung für die Erfolge des VIII. Plenums gegeben haben."

Es besteht kein Zweifel, dass die stalinistischen Elemente in der Armee binnen sehr kurzer Zeit eine völlige Niederlage erlitten haben und dass schon einige Stunden nach Beendigung des VIII. Plenums des ZK der PZPR der Weg für schwerwiegende Reformen in der Armee für das neue Politbüro und die Regierung frei war.

Am 30. Oktober veröffentlichte die polnische Presse den ersten Bericht über die auf den Spitzenposten der Armee vorgenommenen Veränderungen. Die Veränderungen wurden als Befehl des Verteidigungsministers bekanntgegeben, obwohl der Name Marschall ROKOSSOWSKI nicht genannt wurde. Am 5. November wurde ein weiterer Befehl über die Veränderungen in der Armee veröffentlicht. In diesem Befehl wurde besonders betont, dass sich unter den entlassenen höheren Offizieren 32 sowjetische Bürger befinden, die bis jetzt als Experten in der polnischen Armee tätig waren. Der zweite Bericht über die Veränderungen in der Armee beweist eindeutig, dass die polnischen Antistalinisten nicht nur mit grösster Entschlossenheit, sondern auch in grosser Eile bemüht sind, die Veränderungen in der Armee vorzunehmen. Das zeigt sich am besten bei den Namen jener polnischen Offiziere, die erneut in den Armeedienst gestellt wurden. Unter ihnen befindet sich z.B. ein Oberst UZIEMBLO, ehemaliger stellvertretender Kommandeur für politische Erziehung des Wehrbezirks Posen, der im Jahre 1948 aus der Armee ausgestossen wurde und inzwischen Universitäts-

professor für Logik war. Die anderen reaktivierten Offiziere sind auch jetzt nach ziemlich langer ziviler Berufszeit in den aktiven Dienst zurückgekehrt.

Am 13. November kam die wichtigste Nachricht hinsichtlich dieser Veränderungen und zwar der Rücktritt Marschall ROKOSSOWSKI von der Regierung und die Übernahme des Postens des Verteidigungsministers durch Divisionsgeneral SPYCHALSKI. Zum Chef für die politische Hauptverwaltung wurde General Janusz ZARZYCKI ernannt +).

Bei dieser Gelegenheit ist wichtig zu betonen, dass auch in der Marine (Kriegs- und Handelsmarine) wichtige Reorganisierungsmaßnahmen vorgenommen wurden. "Trybuna Ludu" vom 9. November 56 berichtete u.a. folgendes über die Zustände, die in der polnischen Marine herrschten:

"Während der letzten Jahre führte man in den Reihen der Marine eine Säuberung durch und stützte sich dabei auf die oberflächlichen und gefährlichen Prinzipien des Vertrauens, auf die verschiedenen 'Haken' in den Fragebogen, auf die Denunziationen und Verdächtigungen. Eine primitive 'linkskrankhafte' Personalpolitik ergab eine Lage, in welcher niemand sicher war, ob ihm morgen nicht verboten werden wird, in der Marine tätig zu sein. Diese Zeit ... gehört jetzt der Vergangenheit an."

Weitere Veränderungen in der polnischen Armee sind im Gange. Aber das Wichtigste, das Brechen des stalinistischen Rückgrats in der polnischen Armee, ist bereits geschehen. Die Entstalinisierung auf diesem Gebiet bedeutet die Beseitigung der letzten Stützen Moskaus innerhalb des polnischen Partei- und Staatsapparates. Das Problem, das bis heute bestehen konnte, und zwar Armee contra Regierung und Partei, existiert nicht mehr. Und das ist eine Tatsache, die nicht nur für die innerpolitische Entwicklung Polens von grosser Wichtigkeit ist, sondern überhaupt ein neuer Faktor in Bezug auf die militärische Zusammenarbeit Polens und der SU, eine Zusammenarbeit zwischen allen Partnern des Warschauer Paktes.

+) Siehe Anhang, eine Tabelle über die offiziell bekanntgegebenen Veränderungen in der polnischen Armee bis zum 13. November 1956.

4) Die neue Situation in der polnischen Gesellschaft

Die Ereignisse während des VIII. Plenums und danach haben in erster Linie eine stimmungsmässige Wirkung auf das gesamte polnische Volk gehabt. Der wesentliche Unterschied zwischen der Lage in der polnischen Gesellschaft vor dem VIII. Plenum und der Lage danach liegt in folgender Tatsache.

Die Diskussion über die Demokratisierung des politischen und wirtschaftlichen Lebens nach dem XX. Parteitag der KP der SU und nach dem Tode BIERUTS war ein "Privileg" der kleineren und ziemlich isolierten Gruppen der polnischen Intellektuellen, der jüngeren Intelligenz und der Studenten. Das Hauptzentrum dieser Bewegung war Warschau, und die Anhänger der "Demokratisierung" mussten mit ungeheuren Schwierigkeiten kämpfen, um ihre Ideen und ihre Diskussionen in andere Städte und in die Provinz tragen zu können. Es bestanden noch Gruppen der "Tauwetter"-Kursanhänger oder in polnischer Sprache der "odwilzowcy", in Krakau, vielleicht auch noch in anderen Städten, aber es waren schliesslich nur isolierte Gruppen, die nicht nur mit Passivität und Nihilismus der Gesellschaft zu kämpfen hatten, sondern auch auf den sturen Widerstand der stalinistisch eingestellten Parteifunktionäre, der sog. "Kacyki", stiessen, die, wie aus der Presse bekannt ist, noch einige Tage vor dem VIII. Plenum des ZK der PZPR in einigen Gebieten sogar das Abonnement der "oppositionell" eingestellten Warschauer Presse verboten. Die Anhänger des Tauwetterkurses waren in der Lage, nur die einzige Bewegung ins Leben zu rufen, die über die Hauptstadt hinausgegangen ist und zwar die Bildung der "Klubs der Intelligenz", und das war alles.

Diese Situation hat sich während der Oktoberereignisse in Polen total verändert. Eine revolutionäre Welle politischer Aktivität hat die gesamte städtische Bevölkerung, in erster Linie die breitere Masse der Intelligenz und der Arbeiter, ergriffen. Der Kampf um die Demokratisierung war buchstäblich innerhalb weniger Stunden nicht mehr das Monopol kleinerer isolierter Gruppen, sondern eine Leidenschaft der breiten Massen im ganzen Lande. Wenn diese Ereignisse die Aktivität der polnischen Bauern nicht hervorgerufen hätte wenn während dieser Ereignisse der polnische Bauer (ähnlich wie in Ungarn der ungarische Bauer), eine völlige Passivität aufzeigte, so haben diese doch ein tiefes Echo auch auf dem Lande gefunden.

Aber die Auswirkungen der Oktoberereignisse sind nicht nur stimmungsmässige. Schon in den ersten Tagen nach dem Plenum des ZK der PZPR konnte man einige qualitative Veränderungen feststellen, die auf der Basis der günstigen Atmosphäre innerhalb der ganzen Gesellschaft eine neue Gestaltung verschiedener sozialer Prozesse in Polen auf klare Weise neu umreissen. Ein kurzer Überblick über diese eben qualitativen Veränderungen der letzten Tage ist nicht

nur möglich, sondern für die Erfassung der neuen Lage in Polen sehr wichtig.

a) Neugestaltung der Beziehungen zwischen Partei - Staat und Kirche

Das neue Politbüro und das Sekretariat der PZPR stellte es sich als eine der ersten Aufgaben, eine Versöhnung mit der katholischen Kirche durchzuführen. Alle in Haft gewesenen Bischöfe mit Kardinal WYSZYNSKI an der Spitze wurden entlassen. Es wurde eine spezielle Kommission für kirchliche Angelegenheiten ins Leben gerufen, die sich zum Ziel setzte, eine Regelung der Beziehungen zwischen Staat und katholischer Kirche in Kürze zu erreichen. Diese Kommission setzt sich aus folgenden Personen zusammen: Jerzy MORAWSKI, Jerzy STACHELSKI, Bischof Michal KLEPACZ und Bischof Zygmunt CHOROMINSKI.

Am 5. November hielt Kardinal WYSZYNSKI seine erste Predigt, in welcher er informierte, dass alle fünf verhafteten Bischöfe entlassen seien und bereits wieder in ihren Residenzen amtieren. In seiner Rede rief er die Gläubigen auf, keine Abenteuer zu unterstützen, dafür aber mit täglicher Arbeit ihr "Heldentum zu beweisen.

Am 12. November hatte GOMULKA persönlich eine Unterredung mit dem Vertreter des polnischen Episkopats. Zurzeit sind alle Anzeichen dafür vorhanden, dass in den Beziehungen zwischen dem Regime und der katholischen Kirche tatsächlich eine radikale Wendung in Bezug auf die Zusammenarbeit eingetreten ist und man darf von einer Versöhnung zwischen Regierung und Kirche als einem der wichtigsten Charakteristika der neuen Entwicklung in Polen sprechen.

Bei der Herauskristallisierung einiger prinzipieller Fragen in Bezug auf die Einstellung des Regimes gegenüber der katholischen Kirche spielte ein Inzident mit dem Führer der sog. Pax-Gruppe, Boleslaw PIASECKI, eine besondere Rolle. Als der Kampf zwischen den Anhängern der Demokratisierung und der Matlingruppe sich seinem Kulminationspunkt näherte, stellte sich PIASECKI in besonderer Weise den Stalinisten zur Verfügung. In der katholischen Zeitung "Slowo Powszechne" vom 19. Oktober veröffentlichte er einen Artikel, in welchem er über einen "Luxus" der Diskussion über die Demokratisierung sprach und statt einer Demokratisierung den Kurs "der starken Hand" empfahl. Er warnte auch vor der sowjetischen Intervention, die die Anhänger des demokratischen Kurses provozieren könnten.

PIASECKI war vor dem Kriege der Führer einer rechtsradikalen antisemitischen und faschistischen Gruppe, der sog. ONR (Radikal-Nationale Partei). Nach der Versöhnung mit den Russen im Jahre 1945 stellte sich PIASECKI den Stalinisten zur Verfügung. Die sog. Pax-Gruppe vertrat einen Standpunkt der Zusammenarbeit

der Katholiken mit den Stalinisten und steuerte in Richtung der Bildung einer katholischen und prokommunistischen Partei. Der Artikel PIASECKIS wurde von den verschiedensten Seiten als eine Provokation angegriffen. Einige Angriffe waren ad persona, man veröffentlichte verschiedene antisemitische Artikel PIASECKIS aus der Vorkriegszeit usw. Aber der grösste Teil der Diskutanten rollte bei dieser Gelegenheit verschiedene prinzipielle Fragen auf, die sich auf die Zusammenarbeit zwischen den Kommunisten, Sozialisten und Katholiken bezogen. Von den zahlreichen Stimmen möchten wir hier nur eine notieren, die die entstandene Diskussion am besten charakterisiert. In "Przegląd Kulturalny" vom 7. November, 56 wurde ein Kommentar von Jan KOTT, einem Parteispezialisten für Kulturprobleme, veröffentlicht, wo folgendes zu lesen ist:

"Das Ende der Herrschaft der Fiktionen und des Scheins bezieht sich nicht auf die Veränderungen in unserer Partei. Jetzt haben wir das Ende der Fiktionen und des Scheins in Wissenschaft und Literatur vor uns ... Diesem Gesetz des Absterbens aller Fiktionen wird auch die Paxgruppe nicht entgehen. Dort sind ehrliche Menschen, und sie rebellieren schon. Sie haben das verstanden, was wir verstehen: Der Katholizismus darf in Polen nicht als eine Agentur tätig sein. Er kann nicht eine vatikanische Agentur sein, er darf auch keine stalinistische Agentur sein.

Der Katholizismus muss in Polen nach den Gesetzen einer Ideologie tätig sein. Mit dieser Ideologie werden wir, Kommunisten, kämpfen. Aber mit einer Ideologie und nicht mit einer Agentur. Mit einer Agentur aber haben wir nichts zu reden."

Die Diskussion über die Position des Katholizismus in Polen und über die Rolle der Katholiken im politischen Leben hat durch den Zwischenfall mit der Provokation PIASECKIS einen tieferen Sinn bekommen. Die Diskutanten verurteilten die Versuche, die katholische Kirche zu "verstaatlichen", und nach sowjetischem Muster, wo die orthodoxe Kirche zu einem Instrument der Staatspolitik geworden ist, die Kirche für die aktuellen politisch-staatlichen Aufgaben auszunutzen. Diese Diskussion bildet eine Staffage für den gesamten Prozess der Neugestaltung der Beziehungen zwischen dem Regime und der Kirche. Es ist heute noch zu schwierig, festzustellen, welche konkrete Formen diese Zusammenarbeit unter dem neuen Kurs annehmen wird. Eines steht fest, dass nicht nur eine neue Atmosphäre, sondern auch eine wichtige theoretische Diskussion im Gange ist, die für die Entwicklung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche und für eine Versöhnung des Staates mit der Kirche von grösster Wichtigkeit ist.

Die Warschauer Zeitung "Express Wieczorny" vom 6. November 56 berichtet über eine Landeskonferenz des Klubs der fortschrittlichen katholischen Intelligenz, auf welcher eine Resolution über die Unterstützung der Beschlüsse des VIII. Plenums und des neuen Kurses gefasst wurde. Der katholische Schriftsteller Jerzy ZAWIEYSKI betonte, dass die polnischen Katholiken in dem künftigen Parlament ihre Vertretung haben und im Rahmen der Nationalen Front mit anderen Parteien zusammenarbeiten wollen. Er erklärte, dass der "Klub der fortschrittlichen katholischen Intelligenz das Vertrauen des Kardinalprimas WYSZYNSKI

besitzt und dass die Vertreter des Klubs mit ihm ein eingehendes Gespräch geführt hatten".

Da die Rolle der katholischen Kirche besonders auf dem Lande sehr bedeutsam ist, hängt von einer Stabilisierung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche im gesamten Polen sehr viel ab. GOMULKA und andere begreifen nicht nur die Schwierigkeiten sondern auch die Wichtigkeit dieses Problems. Man setzt seine Hoffnungen auf STACHESLKI, der als einer der intelligentesten und völlig im westlichen Sinne gebildeten Persönlichkeiten unter den polnischen Kommunisten gilt. Aus inoffiziellen Quellen ist bekannt, dass STACHESLKI sich zum Ziel gesetzt hat, die Beziehungen zwischen Polen und dem Vatikan zu regeln und baldmöglichst ein neues Konkordat zu schliessen.

Die Zukunft wird zeigen, ob der jetzige Versöhnungszustand auf diesem Gebiet nur eine Folge der allgemeinen Stimmung nach den Oktoberereignissen ist oder ob er ein länger dauernder Faktor in der polnischen Entwicklung bleiben wird.

b) Die Einführung der Arbeiterselbstverwaltungen - eine Hoffnung für die Arbeiterklasse

Zu den Postulaten, die die Arbeiter in den Vordergrund ihres Programms für das VIII. Plenum stellten, gehörte in erster Linie die Einführung der Arbeiterselbstverwaltung in der gesamten Wirtschaft. Die ersten Experimente in dieser Richtung fanden unter dem Druck der Arbeiter schon nach dem VII. Plenum des ZK der PZPR statt. Jedoch stand der Parteiapparat diesen Forderungen sehr misstrauisch gegenüber. Die Anhänger der Natolingruppe versuchten die Arbeiter von diesem Postulat durch eine Propaganda für die Erhöhung der Löhne abzulenken. Kurz vor dem VIII. Plenum war jedoch die Situation so, dass auf fast allen Versammlungen neben den politischen Forderungen das Verlangen nach der Durchführung der Arbeiterselbstverwaltung an erster Stelle stand.

Das ZK der PZPR hat nach dem VII. Plenum eine sogenannte "partei-staatliche Kommission für wirtschaftliche Experimente" einberufen. Aber jetzt erst, nach dem VIII. Plenum, begann diese Kommission intensiv zu arbeiten. Am 3. November

erschien ein Bericht über die Sitzung dieser Kommission, auf welcher beschlossen worden war, die Kompetenzen der staatlichen Industriebetriebe zu erweitern und die Arbeiterselbstverwaltung in allen Industriezweigen einzuführen. Dieser Beschluss hat nur allgemeinen Charakter, und es fehlt eine genauere Erklärung für die Formen und Methoden ihrer Durchführung. Es scheint, dass dieser Beschluss in grosser Eile gefasst worden war, um sofort eine befriedigende Antwort auf die Forderungen der Arbeiter geben zu können. Inzwischen entfaltete sich im ganzen Lande eine gewaltige Bewegung für die Einführung der Arbeiterräte in die Leitung der Betriebe. So ist deswegen der Beschluss der erwähnten Kommission mehr eine blosser Anerkennung der inzwischen von unter her entstandenen Aktion. Wie sah diese Aktion in den letzten Oktobertagen und kurz danach aus?

Wie wir bereits sagten, wurden die ersten Experimente mit den Arbeiterräten in Polen gleich nach Beginn der zweiten Hälfte dieses Jahres vorgenommen. Kurz vor dem VIII. Plenum waren die Diskussionen und die Meinungen innerhalb der Arbeiter soweit, dass das Verlangen nach Einführung der Wirtschaftsleitung durch die Betriebe zu einer allgemeinen Forderung der Arbeiter wurde. Am 18. Oktober beschloss, wie bereits berichtet, der Zentralrat der Gewerkschaften, von dem VIII. Plenum zu verlangen, seine Einstellung diesem Problem gegenüber zu klären. Gleichzeitig wurde die Diskussion über die Betriebsräte noch mehr aktualisiert. Radio Warschau veröffentlichte am 18. Oktober einen Kommentar von Ing. Tadeusz WASILJEW, in welchem er klar die Forderung stellte, dass man die "Verwaltung der Betriebe durch die Selbstverwaltung der Betriebe ersetzen müsse". Die Experimente der Einführung von Räten der Betriebsbelegschaften in sechs grösseren Betrieben in Krakau wurden bekanntgegeben. Zahlreiche Korrespondenzen und Berichte über die Arbeiterräte in Jugoslawien begleiteten diese Diskussionen und Forderungen.

Ohne den endgültigen Beschluss des Plenums und der Regierung über die Arbeiterräte abzuwarten, begannen die Arbeiter auf eigene Faust überall Arbeiterräte zu organisieren. Am 26. Oktober berichtete z.B. Radio Warschau über die Bildung des ersten Arbeiterrates im Küstengebiet, in den Danziger Werften. Es wurden 15 Vertreter der Belegschaften gewählt, die einen provisorischen Rat bilden, und in eineinhalb Monaten soll aufgrund der ausgearbeiteten Statuten die Arbeiterselbstverwaltung in den Werften endgültig eingeführt werden. Am 29. 10. kam der Bericht über die ersten Arbeiterräte in den landwirtschaftlichen Staatsgütern (PGR) im Gebiet von Stettin.

Noch andere Berichte solcher Art, die in der Presse erschienen, zeigen eindeutig die Situation auf diesem Gebiet in ganz Polen. Der Kampf um die Arbeiter

räte wurde ein positiver Bestandteil der ganzen Einstellung der polnischen Arbeiter während der Oktoberereignisse. Dieses positive Postulat hat auch sehr viel dazu beigetragen, dass die Forderungen der Arbeiter, ihre Versammlungen und Manifestationen einen noch konkreteren Charakter hatten und dass die demagogischen Elemente und nihilistisch eingestellten Agitatoren keinen Einfluss auf die Aktionen der Arbeiterklasse gewinnen konnten.

Diese Einstellung der Arbeiter verpflichtet jedoch die neuen Organe der Partei sehr weitgehend. Die Arbeiter waren in erster Linie durch die Rede GOMULKAs genau darüber informiert, dass eine sofortige Verbesserung ihrer Existenz unmöglich ist, dass eine Erhöhung des Lebensstandards um 30 %, was sehr wenig ist, erst im Laufe der nächsten fünf Jahre möglich sein wird. In allen Resolutionen haben die Arbeiter diese "bittere Wahrheit" zur Kenntnis genommen und verkündigten ihre Opferbereitschaft für die Verwirklichung des neuen Planes der Partei. Gleichzeitig jedoch glaubten sie an eine radikale Wendung in Bezug auf ihre Position in der Wirtschaft, sie glaubten an einen sofortigen Abbau des Zentralismus, der Bürokratie und eine globale Einführung der Arbeiterselbstverwaltung in den Betrieben. Nur bis zu einer gewissen Grenze können Partei und Regierung die jetzige revolutionäre Stimmung der polnischen Arbeiter für sich als Stütze betrachten, ein weiteres Bestehen solch günstiger Zusammenarbeit und die Einigkeit zwischen Partei und Arbeitern wird jedoch von den weiteren konkreten Massnahmen in Bezug auf die "organisierung der gesamten Wirtschaftspolitik abhängen.

Für die Entwicklung innerhalb der polnischen Arbeiterklasse spielen die Ereignisse in den Gewerkschaften eine grosse Rolle. An ihrer Spitze stand ein führender Mitarbeiter der Natolingruppe, KLOSIEWICZ. Schon während des VIII. Plenums organisierte der demokratische Flügel der Gewerkschaften eine Aktion gegen ihn. Gleich nach dem VIII. Plenum, am 25. Oktober fand in Warschau eine Landeskonferenz des Gewerkschaftsaktivs statt, auf welcher KLOSIEWICZ einer heftigen Kritik ausgesetzt war. KLOSIEWICZ fand Unterstützung bei der Gewerkschaft der Bauarbeiter, jedoch schloss sich die Mehrheit dem Beschluss der Metallarbeitergewerkschaft an, die eine Einberufung eines ausserordentlichen Kongresses der Gewerkschaften verlangte. Unter dem Druck der Arbeiter wurde am 14. November das vergrösserte Plenum des Zentralrates der Gewerkschaften einberufen, das die Kompetenzen eines Kongresses besass. Nach turbulenten Diskussionen wurde KLOSIEWICZ aus den Gewerkschaften entfernt, und zum Vorsitzenden des Zentralrates der Gewerkschaften wurde LOGA-SOWINSKI, einer der engsten Mitarbeiter GOMULKAs gewählt.

Der Zentralrat der Gewerkschaften hatte bei Abschluss der Debatten eine Resolution gefasst, die als wichtige ideologische Programmklärung der polnischen Gewerkschaften zu betrachten ist. In dieser Resolution verlangen die Gewerkschaften: 1. "Alle wichtigen Entscheidungen der Regierung über Wirtschaftspläne, Löhne und Arbeit sollen erst nach Befragung der Gewerkschaften getroffen werden"; 2. "Der Gewerkschaftsrat wünscht eine Verbesserung des Lebensstandards der Arbeiterschaft, jeder Verletzung des Gesetzes über die Kollektivverträge und der gerechten Rechte der Arbeiterklasse soll ein Ende gemacht werden"; 3. "Die Gewerkschaften sind gegen eine administrative Einmischung der Partei in die Gewerkschaftsangelegenheiten"; 4. "Die Gewerkschaften sollen im Parlament eine eigene Vertretung bekommen."

c) Die Situation bei den Bauern

Wie wir bereits erwähnten, wurden die Oktoberereignisse in Polen in erster Linie von den Arbeitern und der Intelligenz getragen. Die breite Masse der polnischen Bauern stand abseits von diesen Ereignissen, aber der allgemeine Enthusiasmus und die allgemeine Stimmung haben, besonders nach dem VIII. Plenum, auch das polnische Dorf ergriffen. Die polnische Presse berichtet darüber ausführlich, wenn manchmal auch nur in Form kleiner Pressereportagen.

Die Wochenzeitschrift "Zycie Literackie" vom 4. November berichtet, dass die Bauern in der Podhale-Gegend, nachdem sie erfahren hatten, dass GOMULKA gesiegt hatte, beschlossen haben, die Apfel um 2 Zloty je Kilogramm "zu Ehren des neuen Parteiprogramms" zu verkaufen. Eine sehr interessante und in klassischer Weise von der neuen Stimmung auf dem Dorf zeugende Information veröffentlicht "Prawo i Zycie" vom 4. 11. 56. Ein Mitglied dieser Redaktion, das während der Oktoberereignisse auf dem Lande war, berichtet über die Stimmung unter den Bauern wie folgt:

"Bis 18. Oktober, als die Rede Gomulkas noch nicht bekannt war, konnte man in der Gegend von Z. einen Morgen Ackerland für 2-4000 Zloty kaufen, und es gab dafür nur wenige Käufer. Als am 22. 10. der Rundfunk die Gomulka-Rede veröffentlicht, stieg der Preis für Ackerland auf 6-8000 Zloty. Als am 26. 10. jedermann in den Zeitungen die Rede Gomulkas lesen konnte und die Zusammensetzung des neuen Politbüros erfuhr, zahlten die Bauern schon 10.000 Zloty pro Morgen, und der Preis steigt weiter. Die Preise für Pferde und Kühe stiegen während dieser Tage um das Drei- und Vierfache. Und das alles geschieht in einem Bezirk, in welchen es schwierig ist, ein Dorf ohne sog. 'Wirtschaftsleichen', d.h. ohne mittlere und Kulakenwirtschaften, zu finden, die in den letzten Jahren infolge der Steuerbelastungen und Ablieferungen ihre Produktion unterbrechen mussten."

Es waren wenig, die Ackerboden in Bearbeitung nehmen wollten, nicht einmal umsonst."

Diese Notiz zeigt eindeutig, dass die Oktoberereignisse stimmungsmässig auch das polnische Dorf ergriffen und aktiviert haben. Dass diese Stimmung von der Wiederherstellung des Vertrauens zu den Ereignissen und zur Gesamtentwicklung begleitet ist, beweist eindeutig die Tatsache, dass die Bauern Ackerland kaufen.

Während der Oktoberereignisse ist noch etwas geschehen, was eine gewisse Rolle in Bezug auf die politischen Belange auf dem Lande spielen konnte. Die sog. Vereinigte Bauernpartei - ZSL - erklärte sich völlig für eine Demokratisierung des politischen Lebens, kurz nach dem VIII. Plenum schüberte sie ihren Apparat von den "Gegnern der Demokratie". Gleichzeitig wurden verschiedene Bauernpolitiker, die in früheren Jahren verhaftet oder aus dem politischen Leben entfernt wurden, rehabilitiert. Der Vorsitzende der Partei, Stefan IGNAR, wurde zum Hauptredner dieses neuen Kurses. Auf dem IV. Plenum der ZSL am 19. Oktober verlangte er "bei aller Anerkennung der Vorrechte der PZPR eine erweiterte Teilnahme der ZSL an der Regierung". Das Plenum der ZSL protestierte auch gegen alle administrativen Massnahmen gegen die Presse.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass diese neue Situation auf dem Lande in erster Linie von der Vereinigten Bauernpartei - ZSL entsprechend ausgewertet werden wird. Die ersten Berichte über eine Aktivierung dieser Partei liegen bereits in der Presse vor. Auch die Gespräche zwischen dem Politbüro und Vertretern der ZSL weisen darauf hin, dass neben der PZPR die ZSL als die zweitwichtigste Partei mit weitgehenden Zugeständnissen betrachtet wird. Eine Stärkung der Position der ZSL auf dem Lande könnte eine der wichtigsten Konsequenzen der Oktoberereignisse in Polen sein.

Aber die gesamte Entwicklung auf dem Lande hängt nur von den Versuchen der Partei und Regierung ab, den sog. "sozialistischen Sektor" auf dem Lande zu erweitern. Aus der Rede Gomulkas ergibt sich keinesfalls, dass dieser Sektor abgebaut werden oder das Ziel der Landwirtschaftspolitik verschwinden soll. Gomulka vertritt in seiner Rede nur einen zum stalinistischen gegensätzlichen Standpunkt über die Methoden des Umbaus der Dorfstruktur. Während die Stalinisten ihre Ziele unter Anwendung von Gewalt und durch zwangsweise Verarmung erreichen wollten, verurteilt GOMULKA diese wahnsinnige Theorie und vertritt den Standpunkt der Unterstützung des Aufblühens des Bauerntums, einer radikalen Verbesserung des Lebensstandards des Dorfes und der Unterstützung der verschiedensten Formen der freiwilligen Kopierung der Bauern.

Jedoch darf man nicht übersehen, dass nicht die Vereinigte Polnische Arbeiterpartei, wie auch nicht die Vereinigte Bauernpartei sondern die katholische Kirche in erster Linie einen ausschlaggebenden Einfluss auf das heutige polnische Dorf besitzt. Deswegen wird die Entwicklung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat für das polnische Dorf eine ausschlaggebende Rolle spielen. Wird diese Versöhnung tiefergehend sein, so besteht dann die Möglichkeit, dass die jetzige für das Regime günstige Situation auf dem Lande keine vorübergehende sein wird. Die Mässigung in Bezug auf die Forcierung des sozialistischen Sektors, eine neue Politik der Ablieferungen und der Kredite, für die Beschaffung landwirtschaftlichen Inventars und Maschinen - das alles sind die Probleme, die die PZPR und Regierung baldmöglichst lösen müssen und worauf das polnische Dorf wartet.

5) Oktoberereignisse und Moskau

Noch vor den Oktoberereignissen erfolgte eine Verschlechterung der polnisch-sowjetischen Beziehungen. Die These BULGANINS über den Posener Aufstand als ein Werk von Agenten und Feinden wurde durch Polen niemals völlig anerkannt. Diese These wollte Moskau unbedingt durchsetzen. Auch mehrere Wochen nach dem Bulganin-Besuch in Warschau erschienen in der sowjetischen Presse verschiedene Artikel, in welchen von einer "Posener Provokation" gesprochen wurde. (Siehe z.B. "Slawiane" vom August 1956, Artikel "Entlarvte Provokation").

Von sowjetischer Seite wurde die gesamte Diskussion über die "Entstalinisierung" in Polen mit grössten Misstrauen beobachtet. In "Literaturnaja Gazeta" vom 14. 8. 56 erschien ein Artikel, in welchem die literarischen Diskussionen in den volksdemokratischen Ländern heftig kritisiert wurden, dabei wurde die polnische Entwicklung auf dem Gebiet der Kultur sehr stark angegriffen. Es schien, dass die theoretischen Auseinandersetzungen und die gesamte Diskussion in Polen eine weitgehende Beunruhigung in sowjetischen Kreisen hervorrief. Das widerspiegelte sich in dem bereits erwähnten berühmten Artikel in der "Prawda" vom 20. Oktober 56, unter dem Titel "Antisozialistische Äusserungen in der polnischen Presse" (Siehe Text im Anhang), in welchem den polnischen Schriftstellern und Publizisten Revisionismus, Kapitulantentum und sogar Helfershelfertum für die "Stimme Amerikas" vorgeworfen wurden.

Diese Tatsachen wollen wir besonders unterstreichen. Die sowjetische Intervention in Polen wurde nicht so sehr durch die Gefahr eines antirussischen Putschs oder durch eine Möglichkeit des Austritts Polens aus dem Sowjetischen Block beschleunigt und in Bewegung gesetzt, als vielmehr durch die Neuentwicklung des politischen Gedankens in Polen, durch den gesamten theoretisch-ideologischen Prozess des Abrückens vom Stalinismus.

Eine weitere unmittelbare Ursache für den sowjetischen Interventionsversuch waren die Verbindungen der Moskauer Parteizentrale mit der Natolingruppe. In der polnischen Presse erschienen bereits zahlreiche Informationen, die diese Tatsache eindeutig bestätigen.

Am 19. Oktober besuchte die sowjetische Delegation, zusammengesetzt aus CHRUSTSCHOW, KAGANOWITSCH, MIKOJAN, MOLOTOW, Warschau. CYRANKIEWICZ, CHEESKOWSKI, DWORNIKOWSKI, JEDRYCHOWSKI, GIEREK, JOZWIAK-WITOLD, GOMULKA, R. NOWAK, Z. NOWAK, OCHAH, RAPACKI, ROKOSSOWSKI, STAWINSKI, ZAMBROWSKI und ZAWADZKI nahmen von polnischer Seite an der Besprechung teil. Die sowjetische Delegation blieb über Nacht in Warschau und verliess am nächsten Tag die Stadt wieder.

Über die sowjetisch-polnischen Gespräche, die in der Nacht vom 19. auf den 20. Oktober geführt wurden, bestehen bis heute noch keine offiziellen Angaben. Man erzählt vom vulgären Benehmen CHRUSCHTSCHOWS, von Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Seiten. Schon einige Stunden nach Abfahrt der sowjetischen Delegation sprachen mehrere ZK-Mitglieder auf den Versammlungen der Arbeiter davon, dass "die Russen der einen Meinung waren und wir der anderen, wir haben unsere nicht geändert".

In der Rede ZAWADZKIs auf der feierlichen Akademie anlässlich des 49. Jahrestages der Oktoberrevolution bestätigte dieser, dass die sowjetische Delegation am 19. Oktober tief beunruhigt gekommen war, weil sie davon überzeugt war, dass die gesamte Entwicklung in Polen einen "antisozialistischen" Charakter annehmen werde. ZAWADZKI sagte wörtlich folgendes:

"Während der Diskussion mit der Delegation des Präsidiums des ZK der KP der SU, die am ersten Tage des VIII. Plenums gekommen ist, erklärten wir den sowjetischen Genossen, dass ihre Besorgnis wegen des Weges, den Volkspolen jetzt geht, unbegründet ist. Wir haben festgestellt, dass wir auf der Basis des Marxismus-Leninismus, der unser gesamtes sozialistisches Lager vereinigt und zusammenschweisst, stehen und stehen werden. Aber Polen will und wird in diesem Lager ein gleichberechtigter, unabhängiger und souveräner Staat sein, welcher seinen eigenen schaffenden Beitrag zu der Weiterentwicklung dieses Lagers leisten und die Mitverantwortung für das Schicksal des Sozialismus tragen will. Wir alle wissen, zeigen nach diesen Erklärungen die sowjetische Regierung und Führung der KP der SU volles Verständnis und akzeptieren unsere Einstellung.

Konkrete Angelegenheiten, die noch geregelt werden müssen, werden Gegenstand der Gespräche unserer Delegation in Moskau sein und werden zweifellos positiv erledigt werden."

Nach der Beendigung des VIII. Plenums des ZK der PZPR haben sich die Beziehungen zwischen Warschau und Moskau keinesfalls entspannt. Durch das ganze Land ging eine starke Aktion unter der Parole des Kampfes um Gleichberechtigung, Unabhängigkeit und Wiederherstellung des wahren Internationalismus bei den Beziehungen der Länder des sozialistischen Lagers. Die bereits erwähnten Schritte auf dem Gebiet der Armee waren eine offenkundige antisowjetische Manifestation. Die polnische Presse griff mutig das Thema der polnisch-sowjetischen Beziehungen auf. Zahlreiche Presseorgane versuchten das Problem der sowjetischen Basen in Polen genauer zu erörtern. Sie gaben zu, dass, solange die amerikanischen Basen im Westen bestehen, das Verbleiben der sowjetischen Truppen in Polen notwendig ist. Aber gleichzeitig verlangten sie, dieses Verbleiben so zu reorganisieren, dass die Souveränität des polnischen Staates nicht berührt wird. Das Zentralorgan der PZPR "Trybuna Ludu" vom 1. November 56 schrieb darüber folgendes:

"Das Problem, dem wir, Polen, gegenüberstehen, ist nicht leicht... Wie kann man das Streben des Volkes nach völliger Souveränität mit den berechtigten Tatsachen des Bestehens von Verbindungslinien der sowjetischen Armee in Polen vereinigen, einer Armee, die nicht nur die lebendigen Interessen der SU, sondern auch der polnischen Republik verteidigt... Man darf überzeugt sein, dass die Lösung dieses Problems in der Richtung gehen wird, dass auf dem ganzen Territorium unseres Landes die Macht unserer Regierung in Wirkung treten wird, dass keine Bewegungen der Armee-Einheiten im Zusammenhang mit den Kommunikationslinien zur DDR ohne Kenntnis und ohne Einverständnis unserer Regierung stattfinden werden."

Man könnte noch mehrere Stimmen aus dem polnischen Rundfunk und der polnischen Presse zitieren, die in ähnlicher Weise dieses Problem zu lösen versuchen. Selbstverständlich hat das alles keinesfalls zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern beigetragen. Diese gespannte Situation widerspiegelte sich auch in der Begrüßung des ZK der KP der SU anlässlich der Oktoberfeierlichkeiten in Moskau. "Prawda" vom 7. November veröffentlichte an erster Stelle ein kurzes Telegramm, unterschrieben von ZAWADZKI, CYRANKIEWICZ und RAPACKI. Alle Vertreter des Staatsapparates Polens. Eine Begrüßung vonseiten der PZPR fehlte überhaupt. (Dieses Telegramm wurde übrigens in "Istwestija" nicht abgedruckt, dafür aber erschien dort das Telegramm der polnischen "Demokratischen Partei", einer bürgerlichen Proregime-Partei!).

as die sowjetische Seite anbelangt, so brachte die sowjetische Presse kurze und völlig verdrehte Berichte über die Entwicklung in Polen. Darüber beklagte sich die polnische Presse. So z.B. schreibt "Przeglad Kulturalny" vom 7. 11. folgendes zur "Berichterstattung" der sowjetischen Presse über die polnischen Ereignisse:

"In der sowjetischen Presse erschien der Text der Rede von Genossen Gomulka in der Versammlung in einer so verdrehten Form, dass er das Gegenteil dessen geworden ist, was er in Wirklichkeit war ... Wenn in einer Rede des Ersten Sekretärs der Partei solche Kürzungen gemacht werden, dass z.B. alle Akzente der Freundschaft mit der SU bleiben und alles, was das Problem der Souveränität anbelangt, entfernt wird, wenn die gesamte Kritik unter der Adresse der Vergangenheit sogar über unsere innerlichen Angelegenheiten verlassen wird - so kann man das alles nicht anders als bedauerlich bezeichnen, als eine völlige Abkehr von der Wahrheit."

Unter diesen Umständen fanden Ende November die Verhandlungen Gomulkas in Moskau statt, die wir hier kurz erörtern wollen, da diese eine Klärung der Beziehungen zwischen Moskau und Warschau bedeuten. Die dreitägigen Gespräche zwischen der polnischen Delegation und der SU sind am 19. November mit einer gemeinsamen Erklärung beendet worden. Aus der Erklärung ist zu ersehen, dass die SU gezwungen war, alle Forderungen Warschaus anzuerkennen und weitgehende Zugeständnisse in Bezug auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit wie auch die Kontrolle der sowjetischen militärischen Verbindungslinien zu machen. Wir haben zum ersten Mal in der Geschichte der Länder der sogenannten sozialistischen Lager einen Fall solcher Art. Eine Neugestaltung der Prinzipien der Zusammenarbeit zwischen Warschau und Moskau auf der Basis einer völligen Gleichberechtigung, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, dem allem die Entfernung aller sowjetischen Agenturen aus Polen vorausgegangen war.

Darüber, dass diese Tatsache internationale Bedeutung hat, nicht nur in Bezug auf die Beziehungen zwischen den Ostblockstaaten, sondern überhaupt, darf kein Zweifel bestehen. Es bleibt nur abzuwarten, welche konkrete Formen diese Zusammenarbeit zwischen Polen und der SU annehmen wird. Jedoch scheint uns, dass eine Beseitigung der Entfremdung und des Misstrauens in Polen gegenüber der SU erst dann möglich wäre, wenn in der SU tatsächlich einige Veränderungen in Richtung der Demokratie und des wahren Internationalismus vor sich gegangen sein werden. Da für eine solche Entwicklung in der SU im Augenblick keine Anhaltspunkte bestehen, ist anzunehmen, dass eine Annäherung zwischen Warschau und Moskau nur formellen Charakter haben wird und dass eine gewisse Unsicherheit in diesen Beziehungen noch lange das Hauptcharakteristikum bleiben wird.

6) Oktoberereignisse in Polen und die kommunistische Welt

Schon während der Oktoberereignisse zeigte sich, dass zwei kommunistische Länder, und zwar Ungarn und Jugoslawien, mit besonderer Freundlichkeit diese verfolgten und darüber berichteten. Das bezieht sich besonders auf Ungarn, wo die tragischen Ereignisse in direkter Beziehung zu den Vorgängen in Polen stehen. Bereits während des VIII. Plenums berichtete die polnische Presse über die zahlreichen Telegramme, wie z.B. der ungarischen Studenten oder der Angestellten des Senders Budapest, die den Demokratisierungskurs in Polen begrüßten (Siehe darüber im Anhang unter Kalender der Ereignisse). Als in Ungarn der Aufstand ausbrach, wurden von den Warschauer Parteiorganisationen verschiedene Kundgebungen veranstaltet. Durch das ganze Land ging eine Aktion zur Sammlung von Blutplasma, Geld, Medikamenten und anderen Mitteln für die ungarischen Freiheitskämpfer. In verschiedene Kurorte kamen ungarische Verwundete. Nach Meldung von Radio Warschau ergab die nur drei Tage dauernde Geldsammlung für Ungarn 3 1/2 Millionen Zloty. Zwischen Warschau und Ungarn wurde ein engster Kontakt angebahnt, der nur durch die Massnahmen der sowjetischen Armee unterbrochen wurde.

In anderen kommunistischen Ländern sowie auch in der westlichen kommunistischen Presse haben die Vorgänge in Polen eine sehr kritische und sogar feindselige Einstellung hervorgerufen. Darüber berichten ausführlich die polnischen Zeitungen. Wir möchten hier einen zusammenfassenden Artikel zitieren, der von Edda WERFEL in "Przeglad Kulturalny" vom 7. November veröffentlicht wurde und der einen genauen Überblick über die Einstellung der kommunistischen Parteien zu den polnischen Ereignissen gibt. Edda WERFEL schreibt, dass in den ersten Tagen keine Reaktionen in der kommunistischen Presse auf die polnischen Ereignisse zu verzeichnen waren. Dann haben sich die ersten Stimmen jener Parteien gemeldet, die in Bezug auf den Stalinismus selbst eine Umstellung durchmachten. Edda WERFEL bezeichnet die chinesischen, jugoslawischen und amerikanischen Parteien als Parteien eben dieses Typs. In dem Artikel lesen wir wörtlich folgendes:

"Die Parteien, die in ihren Zeitungen auf diese oder jene Weise ihre Solidarität mit uns bekundeten und zeigten, dass sie den sozialistischen Charakter der Veränderungen in Polen tiefer verstehen, sind die chinesische., jugoslawische, italienische und amerikanische. Um genauer zu sein, muss man noch zugeben, dass der Londoner 'Daily Worker', der anfangs eine Desorientierung in unseren Angelegenheiten zeigte, sich den für uns objektiven und freundlichen Stimmen angeschlossen hat. In der Arbeiterbewegung sind wir nicht allein ... Ich muss hier noch die Einstellung zu uns, die warme Freundschaft der ungarischen Presse für uns, erwähnen, obwohl meine Feder bei dem Gedanken an den ungarischen

Aufstand zittert, der ein so tragisches Ende gefunden hat."

Edda WERFEL berichtet ferner über jene Parteien, die eine feindselige Einstellung gegenüber den polnischen Ereignissen zeigen. Über die Verdrehungen in der sowjetischen Presse haben wir bereits geschrieben. In dem Artikel lesen wir folgendes:

"Verwunderung - wenn ich mich so ausdrücken muss - um den diplomatischen Stil zu wahren - erweckt die Reaktion der anderen brüderlichen Parteien auf die Veränderungen in Polen ... Man kann, wie es z.B. die sowjetische, tschechische, DDR, bulgarische, rumänische, albanische und französische Presse getan hatten, die Beschlüsse des Plenums unveröffentlicht lassen. Die Gründe, warum einige Genossen sich entschlossen haben, über diese Ereignisse ihre Leser nicht zu informieren, sind ihre innere Angelegenheit, und in die inneren Angelegenheiten einer Partei oder eines Staates werde ich mich nicht einmischen. Die Tatsache aber, dass die sowjetische Presse und die Presse anderer Länder nur jene Artikel aus "Trybuna Ludu" abdruckten, in welchen diese Zeitung sich von einigen Spekulationen des kapitalistischen Westens und der eigenen Reaktion distanziert, ist bereits eine leichte Entstellung der Wahrheit..."

Die Autorin des Artikels in "Przeglad Kulturalny" beklagt sich darüber, dass die kommunistische Presse der erwähnten Länder völlig gefälschte Informationen aus der sowjetischen Presse abdruckt. Sie schreibt, dass wir "aus der bulgarischen, deutschen und französischen Presse erfuhren, dass wir in Polen nur eine "Konterrevolution" gemacht hatten. Sie bezeichnet den Artikel von M. SERVIN in "L'Humanité" als eine Beleidigung des polnischen Volkes und sie ruft deswegen aus: "Genossen, besinnt Euch, nicht unsertwegen, sondern Eurer eigenen Würde halber!"

Auch die anderen Zeitungen berichteten genauer über die feindselige und misstrauische Reaktion der westlichen kommunistischen Presse auf die polnischen Ereignisse. In "Zycie Warszawy" vom 5. November erschien ein Brief von K. CHYLINSKA, "An französische Freunde". Die Autorin appelliert an die französischen Kommunisten, die letzten Ereignisse in Polen nicht als "anti-sowjetische" zu bezeichnen. Sie meint, dass "die Lage in der Arbeiterbewegung in der ganzen Welt schon so reif ist, dass die Kommunisten der verschiedenen Länder imstande sind, klar zu bezeichnen, was antisowjetisch und was pro-sowjetisch ist."

Aber die polnische Presse beschränkte sich nicht auf eine Verteidigung der Oktoberereignisse gegen die Angriffe der sowjetischen und anderen kommunisti-

schen Stimmen. Einige Autoren benutzten diese feindselige Reaktionen, um viel weiter zu gehen und zu versuchen, eine Analyse der Lage im internationalen Kommunismus zu machen. "Trybuna Wolności" vom 4. 11. schreibt z.B. folgendes über die Lage, besonders bei den westlichen kommunistischen Parteien.

"Der Personenkult ist in alle kommunistischen Parteien eingesickert und erschüttert ihr Bündnis mit den Arbeitermassen ... Die Wahrheit über die Verdrehungen in der SU konnte und ist nicht zu den Arbeitermassen der kapitalistischen Länder durchgedrungen, auch nicht zu den fortschrittlichen Kreisen der Intelligenz, die die kommunistischen Parteien unterstützen. Man darf gleichzeitig nicht vergessen, dass der Personenkult, der Wasser auf die Mühle der reaktionären Propaganda war und der den demokratischen Charakter der kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern verbog - eine der wichtigsten Ursachen für die Schwäche verschiedener kommunistischer Parteien war."

Eine sehr tiefgehende Analyse der Lage in der internationalen kommunistischen Bewegung, besonders nach den Ungarereignissen, veröffentlicht "Po Prostu" vom 4. November 1956. In diesem Artikel lesen wir folgendes:

"Die ungarische Tragödie und teilweise auch die Geschichte der letzten Tage in Polen haben die Entwicklung in der internationalen Arbeiterbewegung zu einem Wendepunkt gebracht. Für den Stalinismus oder gegen den Stalinismus, das ist das Problem, vor dem alle kommunistischen Parteien in der Welt stehen ... Eben die ungarischen Ereignisse sind zu einem Wendepunkt für das internationale Proletariat geworden. Das bestätigen mehrere Tatsachen. In erster Linie zeigte die Oktobertragödie Budapests das antivölkische Gesicht des Stalinismus. Zweitens haben wir es in der ganzen Welt in der kommunistischen Bewegung mit zwei gegensätzlichen Tendenzen zu tun - mit der stalinistischen, reaktionären und einer antistalinistischen, kommunistischen, die zu einer Regeneration der Arbeiterbewegung führen kann ... Wir können vielleicht deswegen stolz sein, wenn dieser Stolz auch etwas bitter ist, dass wir eine der ersten kommunistischen Parteien der Welt sind, welche die Ursachen und die Entwicklung der politischen Kämpfe in Ungarn richtig eingeschätzt hat ... Eine antistalinistische Position in der ungarischen Frage haben die kommunistischen Parteien Italiens, Chinas, Belgiens, der USA und Jugoslawiens eingenommen ... Sie haben entschlossen den Volkscharakter der Budapester Manifestation unterstrichen und verlangten den Abzug der sowjetischen Truppen aus der Hauptstadt Ungarns ... Eine ähnliche Position hat auch ein Teil der Delegierten auf der Tagung der britischen kommunistischen Jugendorganisation eingenommen ... Eine gegensätzliche Stellungnahme nehmen in erster Linie die Zeitungsorgane der KP Frankreich, DDR und bis zum 30. Oktober 56 auch "Prawda", "Iswestija" und "Komsomolskaja Prawda" ein...

Man muss jedoch sagen, dass das, was "L'Humanité" über Polen geschrieben hatte, noch eine "ehlspeise mit Milch ist im Vergleich mit den Verleumdungen, welche in dieser Presse über das ungarische Volk zu lesen sind."

"Po Prostu" ist der Meinung, dass "L'Humanité" und "Neues Deutschland", wenn sie die Ereignisse in Ungarn auf die Tätigkeit der faschistischen Banden und Provokateure reduzieren, nur einen Beweis dafür liefern, dass sie blinde Stalinisten sind, die nichts aus der Geschichte gelernt haben. "Po Prostu" zieht folgenden Schluss:

"Die Tatsachen sprechen dafür, dass in der weltkommunistischen Bewegung keine Einigkeit herrscht. Die Unstimmigkeiten beziehen sich nur auf eine Sache. Eine? Ja. Aber welcher Art? Eine Angelegenheit, die zeigte, dass der Stalinismus das Grab des Kommunismus ist, dass er uns, oder genauer, dass wir uns an den Rand des Abgrunds gebracht haben, in welchen die Arbeiterbewegung mindestens vor Dutzenden von Jahren hätte gestossen werden sollen ... Die deutschen, französischen oder rumänischen Genossen werden fähig sein, selbst zu den richtigen Schlüssen zu gelangen und niemand ist in der Lage, einen Kampf für die Regenerierung des Kommunismus in ihren Parteien zu führen. Aber die italienischen, polnischen und chinesischen Kommunisten haben die Pflicht, sich mit ihnen die erkämpfte Erfahrung zu teilen, die Wahrheit zu teilen, wenn auch diese Wahrheit eine bittere ist."

III Zusammenfassender Überblick

1) Versuch einer Charakterisierung der Entwicklung

Die Ereignisse um das VIII. Plenum des ZK der PZPR sind nur eine Widerspiegelung und ein Durchbruch jener Prozesse innerhalb der polnischen Gesellschaft, die nach dem XX. Parteitag und nach dem Tode BIERUTS ihren offiziellen Anfang genommen hatten. Im allgemeinen versuchte man die polnische Entwicklung und die Oktoberereignisse als eine "nationalkommunistische" Entwicklung zu bezeichnen. Diese Hypothese wird durch die Person GOMULKAs gestützt, der tatsächlich in der Zeit des Konfliktes Jugoslawiens mit Moskau als Vertreter des "polnischen Weges zum Sozialismus" in den Vordergrund kam. Aber eine genauere Analyse der Vorgänge in Polen zeigt eindeutig, dass eine solche Charakteristik der letzten polnischen Entwicklung, dass eine Reduzierung dieser Entwicklung zu einem nur nationalkommunistischen als eine zumindest sehr oberflächliche zu bezeichnen ist. Der Nationalkommunismus hat mit der polnischen Entwicklung nur ein einziges gemeinsames Charakteristikum, die Verteidigung der Unabhängigkeit der nationalen Entwicklung. Aber dieses Charakteristikum ist nicht nur für den "Nationalkommunismus" typisch. Was die polnische Entwicklung anbelangt, so ist die Verteidigung des polnischen Weges zum Sozialismus oder, wie es in der Sprache der jetzigen polnischen Führer oft zu hören ist, des polnischen Modells des Sozialismus, nur ein Charakteristikum. Aber alles, was eine Konkretisierung dieses "polnischen Weges", was eine genauere Bezeichnung des "polnischen Modells" des Sozialismus anbelangt, so haben wir es eben hier in dem positiven Teil des Programms der polnischen Entwicklung mit dem Prozess zu tun, der überhaupt nicht in den Rahmen des Begriffes Nationalkommunismus passt.

Bei der polnischen Entwicklung sind die theoretischen Probleme zweitwichtig, im Vordergrund stehen die konkreten Dinge wie Reorganisierung der Wirtschaft, Reorganisierung der konkreten Beziehungen zwischen den polnischen Parteien, der Kirche, der Presse usw. Trotzdem muss man der ideologisch-theoretischen Umwandlung, die den jetzigen polnischen Prozess begleitet, doch einige Aufmerksamkeit schenken.

Die ideologische Umwandlung bezieht sich in erster Linie auf die völlige Abkehr vom Stalinismus auf dem Gebiet der sozialistischen Theorie. Einer der jüngeren polnischen Theoretiker schreibt in "Przeglad Kulturalny" vom 7. 11.:

"Wenn vom Marxismus die Scholastik und die Propaganda der vergangenen Zeit entfernt werden, so bleibt das, was auch mehrere Persönlichkeiten ausserhalb der kommunistischen Partei, ein Teil der Wissenschaft überhaupt, als wertvollsten Beitrag zur menschlichen Gedankenentwicklung anerkennt: Die

Methode der Analyse der Abhängigkeit der Ökonomik und Kultur von Klassenkampf. Eben diese Methode wurde nicht nur durch den offiziellen Marxismus anerkannt und bei der Analyse der Entwicklung in den sozialistischen und kapitalistischen Ländern angewendet ... Der marxistische Gedanke entwickelte sich weitgehend ausserhalb seines offiziellen, durch die kommunistischen Parteien festgelegten 'Flussbetts'. Meistens entwickelte er sich in einer gleichzeitigen Polemik mit den traditionellen Anschauungen und mit der marxistischen Scholastik."

In dem gleichen Artikel verlangt der Autor eine Wiederherstellung eines Kontaktes zwischen den polnischen und westlichen Intellektualisten und Theoretikern. Andere Zeitungen verlangten genauere Informationen über die Entwicklung des sozialistischen Gedankens, besonders in Frankreich. Die Umwandlung, die auf ideologischem Gebiet vor sich geht, ist keinesfalls eine Rückkehr zu den Klassikern des Marxismus, sondern vielmehr eine Wendung in Richtung der modernen theoretischen Entwicklung, dabei muss besonders betont werden, in Richtung einer westeuropäischen Entwicklung. Der Terminus, der jetzt gerne in der polnischen Presse im Zusammenhang mit dieser Umwandlung angegeben wird, heisst "Reedukation des Marxismus", und er charakterisiert am besten die dort bestehende Tendenz. Ein junger Parteitheoretiker, Jan KOTT, formuliert in der erwähnten Nummer des "Przeglad Kulturalny" die Wünsche an die theoretische Entwicklung wie folgt:

"Der Sozialismus in Polen muss sich auf eine vollkommene Demokratie stützen, er muss die Freiheit der Wahl, die Freiheit des Gedankens, des Wortes und des Gewissens respektieren,"

Wir möchten hier noch notieren, dass eine Wendung in dem theoretischen Gedanken in der polnischen Entwicklung mit einer Wendung in der polnischen Wissenschaft verbunden war. Zahlreiche Wissenschaftler protestierten gegen die "Versklavung der Wissenschaft in der stalinistischen Epoche". In klassischer Weise formulierte das der polnische Abgeordnete KULCZYNSKI während der letzten X. Session des Parlaments, als er sagte, dass die Vertreter der Wissenschaft wie z.B. in der Biologie MORGAN, MENDEL, oder in der Physik EINSTEIN, während der Stalinea poche an genau die gleiche Stelle gebracht worden waren, wohin Tausende von Kommunisten und Sozialisten gebracht wurden in die Gefängnisse.

Im Rahmen dieser ideologischen Umwandlungen kristallisierte sich auch eine neue Theorie über die Rolle der kommunistischen Partei innerhalb der sozialistischen Gesellschaft heraus. Wie bekannt, betrachten die Kommunisten die Partei als Vorhut der gesamten Entwicklung, als die führende Kraft, durch

welche das Postulat der Diktatur des Proletariats verwirklicht wird. In der Stalinära entwickelte sich eine spezifische Umwandlung in Bezug auf die Rolle der Partei in Richtung einer Idealisierung des Parteiapparates. Das, was für die polnische Entwicklung besonders auffallend ist, ist eine totale Abkehr nicht nur von der stalinistischen Anschauung über die Rolle der Partei, sondern über die bisherige traditionelle kommunistische Festlegung dieser Rolle. Die polnischen Theoretiker betonen, dass die Partei nicht regieren, sondern die politische Richtung festlegen soll. Eine solche Meinung vertritt "Trybuna Ludu" vom 1. 11. 56. In dieser Zeitung lesen wir folgendes:

"Das wird in der Praxis bedeuten, dass das Politbüro und Sekretariat nicht die Regierung ersetzen, sondern die prinzipiellen politischen Probleme besprechen und darüber entscheiden werden. Diese Probleme jedoch benötigen eine Vorbereitung, nicht eine Vorbereitung durch den Parteiapparat sondern durch die besten Spezialisten und politischen Persönlichkeiten im Lande, die mit gewissen Problemen bekannt sind..."

"PoProstu" vom 4. 11. äusserte sich in einem Artikel, der von führenden Redaktionsmitgliedern unterschrieben war, zu diesem Problem auf sehr konkrete Weise. "Es besteht eine dringende Notwendigkeit einer Umwertung der führenden Rolle der Parteiorganisation in den Betrieben, die Partei soll sich nicht mit den Ernennungen und Bestätigungen der administratorischen und technischen Kader befassen." Der Artikel endet wie folgt: "Wir wollen keine Partei, welche durch die Verwaltung von allem, was im Staat zu verwalten ist, sich selbst in eine grosse Regierung umwandelt". Nach Meinung der Autoren soll die Hauptaufgabe der Partei und Intelligenz politisch organisieren und sich nicht in einen diktatorischen Faktor in der Entwicklung der Gesellschaft verwandeln.

Man könnte noch andere Beweise dafür erbringen, die eindeutig eine totale Umwertung des Begriffes der Partei und eine Umwertung ihrer Rolle in der sozialistischen Entwicklung zeigen. Diese Umwertung wird von der Feststellung begleitet, die auch GOMULKA in seiner Rede eindeutig formulierte, nämlich, dass die Theorie, dass nur die Marxisten und nur die Kommunisten fähig sind, eine sozialistische Gesellschaft zu bauen - eine der primitivsten Theorien ist. Die ideologische Umwandlung weist darauf hin, dass wir es dabei keinesfalls nur mit einer Taktik zu tun haben, sondern mit einem Versuch, in einer Gesellschaft, die den Weg einer antikapitalistischen Entwicklung eingeschlagen hat, die konkreten Probleme der Demokratie und der Zusammenarbeit der verschiedenen politischen Kräfte auf neu zu gestalten.

Diese Veränderung zeigt am besten, dass die Bezeichnung der Entwicklung in Polen als einer nationalkommunistischen eine völlig unrichtige ist. Wenn jemand schon aufgrund des inneren Gehalts die polnische Entwicklung mit etwas vergleichen will, so nicht mit dem Konflikt Tito-Stalin, sondern vielleicht viel eher mit dem Konflikt Tito-Djilas, der vor zwei Jahren in der jugoslawischen Entwicklung auftauchte. Die neue Rolle der Partei, eine starke Zusammenarbeit verschiedener demokratischer Kräfte, eine radikale Trennung der Partei von Regierung und Verwaltung, eine neue Rolle des Parlaments, ein konsequenter Kampf gegen die Bürokratie, das sind die Probleme, die in merkwürdiger Weise an die Diskussion DJILAS innerhalb der KP Jugoslawiens von vor 2 Jahren erinnern.

In der letzten Entwicklung Polens verdient die Position der Arbeiter besondere Aufmerksamkeit. Die Reaktion der polnischen Arbeitermassen war in erster Linie durch die spezifischen Umstände des Klassenkampfes gegen die kommunistische Bürokratie in Polen bedingt. Hier ist zu erklären, warum das Verlangen nach einer Arbeiterselbstverwaltung, nach einer Einführung der Arbeiterräte in die Wirtschaftsleitung der Betriebe einen so spontanen und allgemeinen Charakter angenommen hatte. Das VIII. Plenum des ZK der PZPR und GOMULKA selbst in seiner Rede haben diese Forderung der Arbeiter völlig anerkannt. Aber da diese Forderung nicht ein Programm der Partei war, sondern eine Folge des Kampfes der Arbeiter von unten her - haben wir es schon deswegen hier mit einem gesellschaftlichen Prozess zu tun, der weit über den Rahmen jeglichen Parteiprogramms hinausgeht und eine objektive Staffage für völlig neue Prozesse in der polnischen Entwicklung bildet. Das zeigte sich am besten bei den letzten Veränderungen innerhalb der polnischen Gewerkschaften. Diese Veränderungen zeigen eindeutig, dass wir es in Polen mit dem Beginn einer syndikalistischen Entwicklung zu tun haben. Die Forderungen nach einer völligen Unabhängigkeit der Gewerkschaften, nach einer eigenen Vertretung im Parlament, nach dem Recht der Gewerkschaften, mit dem Staat um die Interessen der Arbeiter zu kämpfen usw., das alles erinnert sehr an eine ähnliche Entwicklung in der SU, die einstmals durch die Stalinisten zerschlagen wurde und die unter dem Begriff "Arbeiteropposition" ("rabotschaja opposycija") bekannt ist. Diese Tendenz, die bereits binnen weniger Tage während der Oktoberereignisse eindeutig an die Oberfläche des öffentlichen Lebens empor tauchte, ist, wie wir bereits gesagt hatten, durch die objektiven Umstände bedingt, sie ist ein wichtiger Faktor in der zukünftigen Entwicklung der sozialen und politischen Verhältnisse in Polen.

Heute ist es noch zu früh, zu versuchen, das "polnische Modell" des Sozialismus konkreter zu definieren. Aber die allgemeinen Umrisse und die allgemeinen Tendenzen sind schon völlig klar. Diese Tendenzen basieren nicht auf der Fortsetzung irgendwelcher fertiger Theorien oder Beispiele. Es ist ein neuer revolutionärer Versuch, zu handeln, ohne dabei irgendwelche fertige Schablonen oder Rezepte zu benutzen. Es ist ein Versuch, bei welchem die Demokratisierung des politischen und wirtschaftlichen Lebens das Rückgrat des kommenden Programms bilden soll. Ein Versuch, bei dem das Wichtigste eine Reaktion der verschiedenen sozialen Kräfte Polens auf die Tatsache ist, dass der Kommunismus die Menschen nicht zu ernähren, die Jugend nicht zu erziehen und die persönliche Freiheit nicht zu sichern vermochte. Die Kommunisten und Marxisten spielen in dieser Umwandlung eine führende Rolle, aber die gesamte Entwicklung stützt sich auf die tief in der Gesellschaft verankerte Bewegung in Richtung eines Systems, das selbst durch die führenden Vertreter der PZPR und die führenden polnischen Publizisten als das System einer sozialistischen Demokratie bezeichnet wird.

2) Die schwierige Situation in der Partei

Schon früher haben wir auf die soziale Staffage des Gomulka-Sieges hingewiesen. GOMULKA siegte nicht deswegen, weil er eine starke organisatorische Stütze in der Partei hatte. Er siegte auch nicht deswegen, weil die Welle der Veränderungen und der oppositionellen Einstellung der breiten Massen der polnischen Intelligenz und Arbeiter von ihm oder den "Gomulkisten" organisiert oder geleitet wurde. GOMULKA siegte, da er ein Symbol des Widerstandes gegen den Stalinismus, gegen den russischen Imperialismus, da er ein Opfer der stalinistischen Repressalien und dadurch die populärste Persönlichkeit bei den breiten Massen der polnischen Bevölkerung war. In der Zeit der tiefen Krisen werden solche Symbole immer anerkannt und gesucht. Man konnte keinen besseren Kandidaten für den Posten des Ersten Sekretärs der Partei finden, als GOMULKA es war.

Aber diese spezifische soziale Staffage des Sieges GOMULKAS ist auch die Ursache für die jetzigen und künftigen Widersprüche welche in der Partei zwangsläufig auftreten werden.

Die personelle Zusammensetzung des neuen Politbüros und Sekretariats vertrat keinen homogenen Charakter dieser Organe. Aus der Führung sind die Stalinisten ausgeschlossen, aber der damalige Hauptkern der Führung mit OCHAB an der Spitze steht weiterhin im Vordergrund der Parteileitung. Henryk HOLLAND, ein führender Kommentator der Oktoberereignisse, charakteri-

sierte diesen Kreis als "unentschlossen und kunktatorisch". Er sagte ferner Folgendes über diese Gruppe:

"Zwischen diesen beiden (gemeint sind die Stalinisten und die Anhänger der Demokratisierung) um das Schicksal der polnischen Revolution kämpfenden Kräfte hat sich eine breite Gruppe von Menschen gefunden, die bestimmt ehrlich und der Sache der Revolution treu sind, Menschen, die bestimmt mit dem Stalinismus brechen wollten, die aber längere Zeit hindurch nicht fähig waren, etwas mit Entschlossenheit zu tun, die eine kunktatorische, versöhnliche, abwartende Haltung einnahmen und die das Ausmass der Kämpfe zwischen beiden Strömungen bremsen wollten."

(Ein Kommentar aus Radio Warschau vom 28. Oktober 1956)

Diese Gruppe, und das bezieht sich zweifellos auf die Ochabgruppe, bildet ein besonderes Problem innerhalb der jetzigen Parteiführung. In vielen prinzipiellen Problemen scheint diese Gruppe mit ihrer Unentschlossenheit gebrochen zu haben. Aber der Verdacht ist berechtigt, dass sie in verschiedenen anderen konkreten Dingen weiterhin die Rolle einer "Bremse" spielen wird.

Den klarsten demokratischen Kurs vertreten jene Elemente des polnischen "Tauwetters", die sich auf CYRANKIEWICZ hin orientierten und deswegen als Cyrankiewicz-Gruppe bezeichnet werden. Zu dieser gehören in erster Linie ehemalige Mitglieder der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS), deren Traditionen in der Geschichte Polens nicht zu bestreiten sind. Grössere potentielle Bedeutung aber besitzen innerhalb dieser Gruppe die Vertreter der jüngeren Generation der polnischen Kommunisten, Studenten, junge Intelligenz, unter welchen die jungen Spezialisten und Wirtschaftsexperten eine besonders schwerwiegende Rolle spielen.

In den offiziellen Kommentaren wird gemeldet, dass GOMULKA in erster Linie mit dem demokratischen Flügel der Partei zusammenarbeitet, dass "um die Person GOMULKAS sich demokratische Kräfte der Partei geschart haben", wie Henryk HOLLAND in seinen Kommentaren sagte. Das könnte auch der Wirklichkeit entsprechen, aber die unterschiedliche "sozialpolitische Herkunft" GOMULKAS und des Gomulkismus und der Anhänger des demokratischen Flügels in der Partei, darf nicht übersehen werden.

Was die Parteiführung anbelangt, so scheint uns, dass dort nur solange, als die Gefahr einer sowjetischen Intervention und eines sowjetischen Druckes besteht, Einigkeit und enge Zusammenarbeit vorhanden sein werden. Das, was in erster Linie die heutige Parteiführung charakterisiert, ist die Tatsache, dass alle prosovietischen und in Bezug auf die Einstellung gegenüber Moskau

opportunistischen Elemente aus ihr ausgeschlossen sind und das gesamte Sekretariat und die gesamte Parteiführung in der Überzeugung der Notwendigkeit des Kampfes um die Unabhängigkeit der polnischen Entwicklung eng vereint sind.

Aber das ideologisch-politische Gesicht und die Traditionen der verschiedenen Mitglieder der Parteiführung sind unterschiedlich, und hier ist ein Grund für die Vermutung, dass, sobald sich die polnisch-sowjetischen Beziehungen stabilisieren werden, sobald die Gefahr der sowjetischen Intervention ausgeschaltet ist, die Auswirkungen dieser nichthomogenen Zusammensetzung der jetzigen Parteiführung sofort zutage treten werden.

Aber eine genauere Verfolgung der Entwicklung der letzten Tage liefert zahlreiche Beweise dafür, dass verschiedene Widersprüche solcher Art bereits in ganzer Klarheit zutage getreten sind. Wie wir bereits notiert hatten, fanden im Parteiapparat im ganzen Lande spontan radikale Veränderungen auf den Posten der Sekretäre in den wojewodschaftskomitees der Partei statt. Diese Veränderungen waren für die Parteileitung eine Überraschung. Sie brachen das Rückgrat des stalinistischen Apparates völlig und brachten überall nur jene Funktionäre in den Vordergrund, die in den kritischen Tagen für die Demokratisierung gekämpft hatten. Auf diese Weise wurde der gesamte Parteiapparat, wenigstens in den wojewodschaften, erneuert. Wir wiederholen hier, dass bei diesen Veränderungen auf die Posten der Wojewodschaftssekretäre meistens ehemalige PPS-Mitglieder oder Gewerkschaftsfunktionäre gekommen sind.

Auf einer Parteikonferenz des Parteiaktivs am 3. November äusserte sich Gomulka vor 2.000 Parteifunktionären sehr kritisch über diese Veränderungen. Er sprach sich gegen eine Aufteilung der Funktionäre in "alte" und "neue", in Anhänger der Natolingruppe und der Pulawy-Gruppe aus. Er predigte die Wiederherstellung der Einigkeit in der Partei. Er sagte wörtlich: "Die Partei muss von oben bis unten eine einheitliche sein".

Es ist klar, dass diese Einstellung Gomulkas der Einstellung der Parteimassen und der Anhänger des demokratischen Kurses widerspricht. "Po Prostu" vom 4. November äusserte über dieses Problem einen ganz anderen Gedanken, einen Gedanken, der bestimmt der Einstellung der breiten Massen der Parteimitglieder entspricht:

"Für die Genesung und Verbesserung der Lage in der Partei ist es notwendig, dass diese Situation schnellstmöglich beseitigt wird und zwar durch den Weg normaler Wahlen von unten bis oben, welche die Macht

in der Partei in die Hände der wahren Funktionäre und Führer legen."

"Zycie Warszawy" vom 4./5. November beklagt sich darüber, dass das "neue Aktiv allein in der Hauptstadt und in einigen Wojewodschaftsstädten in der politischen Arena aufgetreten ist". Man verlangt, dass auch in der gesamten Partei personelle Veränderungen stattfinden.

Man kann mehrere ähnliche Stimmen notieren, aus welchen zu ersehen ist, dass zwischen der Parteileitung unter Gomułka und der breiten Masse der Parteimitglieder bereits Unterschiede in Bezug auf die Rolle der Partei, auf die Grenze der Veränderungen aufgetreten sind, während GOMULKA von einer "Einheitlichkeit" der Partei "von oben bis unten" spricht, und verlangt, dass die Einstellung zu den Funktionären sich nicht auf ihre frühere Arbeit, sondern auf ihre jetzige Einstellung gegenüber dem Organ des VIII. Plenums der PZPR stützen soll, - so meinen die Parteimasse und die Vertreter des demokratischen Flügels der Partei ganz anders, sie sind für eine radikale personelle Veränderung auf den Posten der Parteifunktionäre und zwar eine Veränderung von unten nach oben, wie "Po Prostu" sie verlangte.

Die Tatsache, dass eine solche Veränderung in allen Wojewodschaftskomitees bereits stattgefunden hat, bedeutet für GOMULKA und die neue Parteileitung eine auf revolutionäre Weise entstandene neue Realität in der Partei, die nicht mehr zu ändern ist. Das wird den Prozess gewisser Widersprüche innerhalb der Partei und der Parteiführung nur beschleunigen.

Aber die unterschiedlichen Einstellungen in Bezug auf die Rolle der Partei und die Probleme, über welche soeben gesprochen wurde, ist nur eines der zahlreichen Probleme, die in der neuen Situation der Gegenstand neuer Widersprüche zu werden scheinen. Man kann ruhig sagen, dass bei dem Versuch, eine konkrete Antwort auf die Frage zu geben, was eigentlich das polnische Modell des Sozialismus konkret bedeutet, bei fast allen Problemen Unterschiede und Verschiedenheit der Anschauungen, in einigen Fällen vielleicht mit ganzer Leidenschaft, auftauchen werden.

3) Perspektiven der neuen polnischen Entwicklung

Die polnische Entwicklung scheint in Bezug auf die inneren Angelegenheiten alle Chancen auf Erfolg zu haben, wenn es sich um das Problem der politischen und wirtschaftlichen Demokratisierung des Landes handelt. Der Stalinismus ist in Polen für alle Zeit beseitigt, es besteht heute keine soziale Kraft, kein Apparat mehr, die irgendeine Stütze für eine solche Entwicklung sein könnten. Unter dem Begriff des Stalinismus verstehen wir nicht nur

entsprechende ideologisch-politische Richtungen, sondern auch die einfachen sowjetischen Agenturen, die in Polen in Wirklichkeit während der Stalin-Ära regierten. Diese Agenturen sind aus der Partei und den Staatsapparaten restlos ausgemerzt worden. Die Säuberung der polnischen Armee von sowjetischen Agenten und sog. Experten war der Höhepunkt dieser mutigen Aktion. Die Diskussion über die Pax-Gruppe, worüber wir bereits geschrieben haben, zeigt am besten, wie konsequent und rücksichtslos die Beseitigung des Stalinismus in Polen durchgeführt wird.

Auch die Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten, der Pressefreiheit, der persönlichen Sicherheit und der allgemeinen Gesetzlichkeit, sind der Bestandteil der Erfolge der Oktoberereignisse in Polen. Die Wiederherstellung der Demokratie in der Wirtschaft erscheint als eine besonders wichtige Veränderung nach den Oktoberereignissen. Die Reorganisierung der gesamten Wirtschaftsleitung, die Einführung der Arbeiterselbstverwaltung, die Unterstützung des Privathandwerks und die neue Politik auf dem Dorfe, das alles sind die wichtigen neuen Faktoren in der innerpolitischen und wirtschaftlichen Entwicklung Polens. Diese Entwicklung hat eine klare Tendenz, sie ist eine Entwicklung in Richtung der Demokratie, in Richtung des sozialistischen Humanismus, eine Abkehr vom prosowjetischen und östlichen Muster, eine Wendung nach dem Westen.

Und hier entsteht das wichtigste Problem und zwar die Antwort, ob Moskau diese Entwicklung dulden wird. Es scheint uns, dass die letzte gewisse Verbesserung der Beziehungen zwischen Warschau und Moskau nur als eine Taktik von seiten Moskaus zu betrachten ist. Die Anerkennung der polnischen Entwicklung durch Moskau könnte in nur einem einzigen Fall erfolgen und zwar, wenn in der SU selbst ein Prozess der Demokratisierung des wirtschaftlichen und politischen Lebens im Gange wäre. Aber dies ist nicht der Fall. Deswegen ist es klar, daß die SU die polnische Entwicklung als eine höchste Gefahr für sich selbst und für den Weltkommunismus ansehen muß. Deswegen wäre die These richtig, daß von sowjetischer Seite verschiedene Maßnahmen getroffen werden könnten, die eine Hemmung der polnischen Entwicklung, einen Versuch, diese Entwicklung zu beeinflussen, und, wenn es notwendig wäre, die polnische Entwicklung zu isolieren, zum Ziel haben. Sogar heute noch schließt man die Möglichkeit einer Wiederholung der ungarischen Tragödie in Polen durch eine Besetzung durch die sowjetische Armee nicht aus.

Die Stärkung der polnischen Entwicklung wird auch sehr stark von der Situation innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung abhängen. Auch die Einstellung des Westens könnte unter gewissen Voraussetzungen, bei welchen die

Ausschaltung jeglicher Provokation, die Nichtunterstützung der restaurativen Kräfte, die Einstellung des böswilligen kalten Krieges und jeglicher Agenturentätigkeit das Wichtigste ist, sehr viel für die Unterstützung der Demokratie in Polen beitragen könnten. Und wir haben es zum ersten Mal in der Geschichte der Ostblockstaaten in einem Ostblockstaat mit einer Entwicklung zu tun, die ihrem ganzen Wesen nach nicht nur gegen den Stalinismus und Moskaus Imperialismus, sondern auch gegen den gesamten sowjetischen Totalitarismus gerichtet ist.

Biographie Wladyslaw GOMULKA's

1905 - 1939

Wladyslaw GOMULKA wurde 1905 in Krosno, einer kleinen Stadt im Erdölgebiet an der südöstlichen Grenze Polens, als Sohn eines Arbeiters geboren. Sein Vater war aktives Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Galiziens und später der Polnischen Sozialistischen Partei. Nach Beendigung der Grundschule in Krosno erlernte Wladyslaw GOMULKA den Schlosserberuf und arbeitete als Schlosser in einem Betrieb in Krosno. Unter dem Einfluss seines Vaters trat er in die Organisation der Jungsozialisten ein. 1925 trat er der Vereinigung der Kommunistischen Jugend bei und 1927 der Kommunistischen Partei Polens. Seit dieser Zeit war GOMULKA Parteifunktionär der KP. Diese Arbeit übte er legal und auch konspirativ aus. Zwischen 1928 und 1932 war er Sekretär einer Gewerkschaft der Arbeiter der chemischen Industrie in Zawiercie. Später war er Gebietssekretär der Kommunistischen Partei in Kielce. 1932 wurde er bei der Festnahme durch die Polizei schwerverwundet. Kurz danach wurde er durch das Gericht in Lodz zu acht Jahren Gefängnis verurteilt und bis 1939 in Haft gehalten. In dieser Zeit erfolgten die bekannten Massnahmen Stalins gegen die Führer der Polnischen KP. Mehrere von ihnen waren in die Sowjetunion gelockt und dort kurzerhand liquidiert worden. Das Gefängnis bewahrte GOMULKA vor dem gleichen Schicksal.

1939 - 1945

Infolge der Kriegereignisse kam GOMULKA aus dem Gefängnis frei. In den ersten Monaten lebte er in seiner Heimatstadt Krosno, ging aber später, als die Gestapo sich für seine Person zu interessieren begann, in die Illegalität. Erst als der deutsch-sowjetische Krieg ausbrach, wurde er politisch wieder aktiv. 1942 wurde die Polnische Arbeiterpartei - PPR gegründet. Zu den Gründern gehörten NOWOTKO, FINDER, Frau FORMALSKA und GOMULKA. Auf den Posten des Sekretärs des ZK

der PPR wurde zuerst Nowotko gewählt. Als er unter bis heute noch nicht geklärten Umständen erschossen und später sein Nachfolger Finder durch die Gestapo liquidiert wurde, kam Gomulka in den Vordergrund der Parteiführung.

Ende des Sommers 1943 gelangte Boleslaw BIERUT aus der Sowjetunion durch Fallschirmabsprung nach Polen. Schon früher war auf dem gleichen Wege BITOL-JOZWIACK, der Oberbefehlshaber der kommunistischen Partisanenarmee, dorthin gekommen. Das alles geschah noch zu der Zeit, als Finder die Partei leitete. Schon damals zeigten sich die ersten Gegensätze zwischen den "Heimatkommunisten" Finder, GOMULKA, SPYCHALSKI, KLISZKO, LOGA-SOWINSKI und anderen einerseits und den sowjetischen Fallschirmspringern andererseits. Als Finder am 15. November 1943 verhaftet wurde, wurde Gomulka gegen den Willen Bieruts zum Generalsekretär der Partei ernannt.

Gomulka setzte sich für eine Vereinigung der verschiedenen linken Gruppen zu einer politischen Sammelfront unter Leitung der PPR ein. Am 15. Dezember 1943 erschien ein Manifest aller dieser Gruppen, und kurz danach wurde der sog. "Nationalrat" gegründet, der die Rolle eines provisorischen Parlaments spielen sollte. Im Juli 1944 vereinigte sich dieser Nationalrat mit der schon früher entstandenen "Vereinigung der Polnischen Patrioten" in Moskau zum sog. "Polnischen Komitee für Nationale Befreiung". Gomulka erhielt den Posten des Vizepräsidenten in diesem Komitee. Zu diesem Zeitpunkt bereitete sich Bierut auf den repräsentativen Posten des künftigen Präsidenten des Polnischen Staates vor. Er trennte sich aus taktischen Gründen von der Partei, um später, am 3. Januar 1945, das Recht zu haben, bei der Übernahme des Postens des Präsidenten des Nationalrates erklären zu können: "Ich bin an keine Partei, an keine politische Gruppe gebunden". Durch diesen taktischen Schachzug wurde Gomulka vom Druck der "sowjetischen" Kommunisten entlastet, er wurde die wichtigste Persönlichkeit innerhalb der PPR.

1945 - 1949

Die gesamte Tätigkeit Gomulkas nach 1945 konzentrierte sich auf zwei Probleme: die organisatorische Stärkung der Partei und die Polonisierung der Oder-Neisse-Gebiete. Er hatte bereits 1945 die Leitung des Ministeriums für die zurückerhaltenen Gebiete übernommen und leitete persönlich mit allen Massnahmen die Eingliederung dieser Gebiete in den polnischen Staat. In seiner Politik als Generalsekretär der Partei verfolgte er die Tendenz einer Vereinigung der PPR mit der Polnischen Sozialistischen Partei, er betonte, dass die PPR keine Wiederholung der früheren kommunistischen Partei sei, dass sie in ihren Reihen Kommunisten und auch Demokraten vereinige, die nicht unbedingt als Kommunisten zu bezeichnen seien. Er träumte von einer Übernahme der "berühmten Traditionen der Polnischen Sozialistischen Partei" durch seine Partei. Er verteidigte sich gegen die Versuche, die Parteiideologie nach sowjetischem ideologischem Muster zu gestalten und betonte wiederholt die Notwendigkeit eines polnischen Weges zum Sozialismus.

Im Zusammenhang mit den Ereignissen in der Sowjetunion und in den Satellitenländern entstand allmählich im ZK der PPR eine tiefgehende Krise. Der Kampf spielte sich zwischen den sog. "Heimatkommunisten" mit Gomulka an der Spitze und den "moskauer Gruppen" mit Bierut an der Spitze ab. Die Heimatkommunisten hatten zu geringe Beziehungen zur Sowjetunion und zur Moskauer Zentrale. Die Verschärfung der Beziehungen zwischen Jugoslawien und Moskau beschleunigte gewisse Prozesse innerhalb des ZK der PPR. Im Juni 1948 fand ein Plenum des ZK der PPR statt, auf welchem es zum ersten Male zu leidenschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen beiden Gruppen kam. Einige Tage später erklärte Gomulka, dass er mit dem bekannten Beschluss des Kominform über die jugoslawische KP nicht einverstanden sei. Unter dem Druck der Sowjets und der prosowjetisch eingestellten Kommunisten übte Gomulka am 31. August und 2. September Selbstkritik und revidierte teilweise seine Beurteilung der Rolle der Partei und der Position der KP Jugoslawiens.

Inzwischen beauftragte Bierut auf Veranlassung Moskaus die polnischen Sicherheitsorgane mit der Durchführung gewisser Schritte, um die Liquidierung Gomulkas in die Wege zu leiten. Man beschloss, Gomulka "auf Raten" zu liquidieren und zuerst einmal mit der Verhaftung seiner Mitarbeiter zu beginnen. Im November 1949 war die Situation schon soweit gediehen, dass Bierut Gomulka, Spychalski und andere beschuldigte, zweifelhafte Elemente und Agenten in die Reihen der Arbeiterpartei aufzunehmen und zu dulden. Die wichtigste Beschuldigung gegen Gomulka war, dass er einen gewissen Marjan DUBILL, einen ehemaligen Gestapomitarbeiter, auf den Posten des Vizeministers des Ministeriums für die zurückerhaltenen Gebiete berufen hatte. Am 11., 12. und 13. November 1949 fand in Warschau das III. Plenum des ZK der PZPR statt, auf welchem Bierut das Hauptreferat "über die Aufgaben der Partei in Bezug auf die revolutionäre Wachsamkeit" hielt. In diesem Referat beschuldigte Bierut Gomulka des Verstosses gegen die revolutionäre Wachsamkeit, der Zulassung von Agenten in die Partei usw. Während dieses Plenums wurde Gomulka von MINCY sowie auch von OCHAB sehr heftig angegriffen. Auch sein engerer Mitarbeiter Spychalski übte Selbstkritik, in der er sich von Gomulka distanzierte und ihn schwer belastete. Gomulka verteidigte sich gegen diese Angriffe, kritisierte seine eigenen Fehler und revidierte seine Einstellung gegenüber Jugoslawien. Aber alles das war bereits ohne Erfolg. Durch einen Beschluss des ZK der PZPR wurden Gomulka, Kliszko und Spychalski von allen Posten in der Partei entfernt. Auf diesem Plenum wurde u.a. auch Marschall ROKOSSOWSKI als Vollmitglied des ZK kooptiert.

1949 - 1956

Zwischen 1949 und 1951 nahm der polnische Staatssicherheitsdienst Massenverhaftungen unter den Gomulka-Anhängern vor. Am 3. Juni 1950 fand in Warschau ein Prozess gegen TATAR und Genossen statt. Im Juli 1950 wurde Gomulka selbst verhaftet. Das Zentralkomitee berücksichtigte seine Popularität in Polen

und scheute vor einem Prozeß gegen ihn zurück. Man wollte zuerst die öffentliche Meinung in Polen entsprechend bearbeiten. Gomulka saß unter strenger Bewachung und bei völliger Isolierung in einer Villa in Miedziesan bei Warschau.

Die Entlassung Gomulkas aus dem Gefängnis erfolgte kurz nach dem Tode Stalins. Er durfte zunächst in seiner Villa Kontakt mit seiner Familie aufnehmen, sich später mit seinen Freunden treffen und sich überhaupt frei bewegen. Erst am 6. April 1956 auf einer Tagung des Warschauer Parteiaktivs gab der Erste Sekretär des ZK der Partei, OCHAB, offiziell bekannt, daß Gomulka freigelassen und rehabilitiert wurde. Jedoch bedeutete diese Erklärung Ochabs noch nicht die Rückkehr Gomulkas in das politische Leben. Ochab gab zwar zu, daß der Gomulka gemachte Vorwurf der Agententätigkeit unrichtig war, betonte jedoch sehr stark, daß Gomulka und seine Gruppe "ihre nationalistischen Bestrebungen den Traditionen der polnischen Arbeiterbewegung gegenüberstellten und im Jahre 1948 für die Aufrechterhaltung des damals bestehenden gesellschaftlichen und ökonomischen Kräfteverhältnisses eintraten".

Diese Kritik an Gomulka wurde auch noch nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis in der Presse weitergeübt. Im Zentralorgan des ZK der PZPR, "Nowe Drogi", vom März 1956 erschien ein Artikel des Sekretärs des ZK der PZPR, Jerzy MORAWSKI, der u.a. erklärte:

"Gomulka und seine Leute verkündeten die Theorie des 'polnischen Weges zum Sozialismus'. Die Losung selbst war nicht falsch, falsch war allerdings das, was Gomulka darunter verstanden hat. Bei ihm bedeutete das ein Bremsen des Prozesses der revolutionären Umgestaltungen, die Stagnierung der Kräfteverhältnisse im Klassenkampf auf dem Lande, eine Stagnierung nicht nur im ökonomischen Sektor, sondern auch in Kultur, Wissenschaft und Erziehung. Das bedeutete keinen Unterschied zum sowjetischen Weg zum Sozialismus, sondern eine Negation der Entwicklung zum Sozialismus."

Unter dem Druck der Parteimitglieder nahm das ZK der PZPR Verhandlungen mit Gomulka auf. Eine Schwierigkeit bildeten

nicht nur die weitgehenden Forderungen Gomulkas in Bezug auf seine eigene Rehabilitierung, sondern auch die ganze neue politische Situation innerhalb des ZK der PZPR. Nach dem XX. Parteitag gingen in Polen tiefgehende Prozesse gegen den Stalinismus vor sich, in deren Mittelpunkt nicht die Gomulka-Anhänger, sondern die neuen Kräfte aus der jüngeren Generation und der Intellektuellen standen. Diese Elemente orientierten sich auch Premierminister CYRANKIEWICZ hin. Die beiden führenden Persönlichkeiten OCPAB und CYRANKIEWICZ, legten keinen Wert auf die Rückkehr Gomulkas in die Politik. Im September 1956 wiederholte Gomulka seine Bereitschaft, in die Politik zurückzukehren. Der Sturz Jakob BERMAN-s und später die Absetzung von Hilary MINC ermutigten Gomulkas Anhänger zu einer Aktion. Am 20. Oktober wurde Gomulka in das ZK der PZPR aufgenommen. Am nächsten Tag wurde er zum Mitglied des Politbüros des ZK und zum ersten Sekretär des ZK der PZPR ernannt.

Die Veränderungen in der polnischen Armee

1. Verteidigungsministerium

	<u>Stand vom Januar 1956</u>	<u>Stand v. November 1956</u>
Minister	Marschall Konstanty <u>ROKOSSOWSKI</u> (ab 6.11.49, ab Nov. 52 Vizepremier. Mitgl. d. Politbüros, ab Ende Oktober 1956 be- urlaubt, i. d. Politbü- ro a. d. VIII. Plenum d. ZK PZPR nicht gewählt Am 13.11.56 abgesetzt).	Divisionsgeneral Marian <u>SPYCHELSKI</u> (ab 13. Nov. 56. Ab 23.10.56 Vizeminister Mitgl. d. Politbüros
Vizeminister	Armeegeneral Jerzy <u>BORDZIŁOWSKI</u> (ab 1954. Gleichzeitig Chef d. Generalstabs. Mitgl. d. ZK d. PZPR)	Armeegeneral Jerzy <u>BORDZIŁOWSKI</u> (ab 1954. Gleichzeitig Chef d. Generalstabs. Mitgl. d. ZK d. PZPR).
	Armeegeneral Stanislaw <u>POPLAWSKI</u> (ab Apr. 1949 Mitgl. d. ZK d. PZPR).	Armeegeneral Stanislaw <u>POPLAWSKI</u> (ab Apr. 1949 Mitgl. d. ZK d. PZPR).
	Brigadegeneral Kazimierz <u>WITASZEWSKI</u> (ab Dez. 1952 gleich- zeitig Chef d. Polit- Hauptverw. d. poln. Ar- mee, Mitgl. d. ZK d. PZPR).	General Janusz <u>ZARZYCKI</u> (ab 13.11.56 gleich- zeitig Chef d. Polit- Hauptverw. d. poln. Ar- mee).

2. Generalstab

Chef des Stabes	Armeegeneral Jerzy <u>BORDZIŁOWSKI</u>	Armeegeneral Jerzy <u>BORDZIŁOWSKI</u>
Stellvertretende Chefs des Stabes	Divisionsgeneral Boris <u>PIGAREWICZ</u>	Brigadegeneral Zygmunt <u>DUSZYNSKI</u> (ab 30.10.49 aus d. Armee entlassen, jetzt erneut i. d. Dienst berufen).
	Brigadegeneral A.T. <u>SIWICKI</u>	Brigadegeneral Marian <u>GRANIEWSKI</u> (ab 5.11.1956)

Stand vom Januar 1956 Stand v. November 1956

Chef d. Kader
departementes

Oberst
Jerzy PONKOWICZ
(ab 5.11.1956)

3. Politische Hauptverwaltung

Chef

Brigadegeneral
Kazimierz WITASZEWSKI

General
Janusz ZARZYCKI
(ab 13.11.1956)

Stellvertretende
Chefs

Brigadegeneral
Mieczyslaw MELENAS

Die Neuernennungen
sind nicht bekanntge-
geben worden.

Kommandeur
Samuel MALKO

4. Oberkommando der Armeeteile

Oberbefehlshaber
d. Panzer- u.
mechanisierten
Einheiten

Divisionsgeneral
J. SUCHOW

General
Adam CZAPLEWSKI
(ab 5.11.1956)

Oberbefehlshaber
d. Artillerie

Brigadegeneral
E. MICHALKIN

Brigadegeneral
Tadeusz KUNICKI

Stabschef d.
Artillerie

Brigadegeneral
Czeslaw BORKOWSKI

Oberbefehlshaber
d. Luftabwehr

Brigadegeneral
S. SAZONOW

Brigadegeneral
Jan FREYA-BIELECKI

Oberbefehlshaber

General
Jan TURKIEL

Brigadegeneral
Jan FREYA-BIELECKI
(wahrscheinlich vor-
läufig)

Hauptquartier-
meister

Oberst
Wiktor ZIELINSKI

5. Oberbefehlshaber der Wehrbezirke

Warszawa
(Warschau)

Brigadegeneral
Franciszek ANDRY-
JEWSKI

General
Josef KUROPIESKA

Poznan
(Posen)

Divisionsgeneral
Jan RUTKIEWICZ

Brigadegeneral
Zygmunt HUSZCZA
(ab 5.12.1956)

Wroclaw
(Breslau)

Brigadegeneral
Ostap STEGA

Brigadegeneral
Ostap STEGA

Stellvertretender
Oberbefehlshaber

Brigadegeneral
Czeslaw WARYSZCZAK

6. Liste der reaktivierten Offiziere

Nach Presseberichten vom 30. Oktober 1956 wurden folgende Offiziere der polnischen Armee reaktiviert:

Oberst Adam UZIEMBLO	- ehem. Stellvertr. Ltr. d. Polit. Verw. im Wehrbezirk Posen
Oberst Waclaw CZYZEWSKI	- ehem. Chefd. Stabes einer Division
Oberst Jan WYDERKOWSKI	- ehem. Chef d. Stabes einer Division
Oberst Josef MROZEK	- ehem. Offizier einer Freiwilligen-Brigade in Spanien
Oberst Stanislaw LETOWSKI	-
Oberst Czeslaw MANKIEWICZ	-
Major Stanislaw SKALSKI	- während d. Krieges berühmter Flieger d. Poln. Armee in England
Major Edwin ROZUBIRSKI	-
Major Witold LOPUCIEWSKI	- während d. Krieges berühmter Flieger d. Poln. Armee i. England

7. Liste der abgesetzten Offiziere

Nach Presseberichten vom 30. Oktober 1956 wurden folgende höhere Offiziere von ihren Posten abberufen:

Brigadegeneral Franciszek ANDRYJEWSKI	- (bis jetzt Oberbefehlshaber d. Wehrkreises Warschau)
Divisionsgeneral BECKI	-
Oberst KARLINGER	- (bis jetzt i. d. Verw. d. Militärgerichts)
Armeegeneral Jan TURKIEL	- (bis jetzt d. Oberbefehlshaber d. Luftwaffe)

Nach Presseberichten vom 5. November 1956 wurden folgende höhere Offiziere von ihren Posten abberufen:

Divisionsgeneral DIUMINOW	-
Armeegeneral MICHALKIN	- (bis jetzt Oberbefehlshaber d. Artillerie)
Divisionsgeneral J. SUCHOW	- (bis jetzt Oberbefehlshaber d. Panzertruppen)

Nach Radio Warschau v. 5. November 1956 wurden 32 sowjetische Experten in der polnischen Armee ihrer Posten enthoben.

Biographische Angaben über die Mitglieder des Politbüros
UND DES Sekretariats des ZK der PZPR

Politbüro: CYRANKIEWICZ, Josef
GOMULKA, Wladyslaw
JENDRYCHOWSKI, Stefan
LOGA-SOWINSKI, Ignacy
MORAWSKI, Jerzy
OCHAB, Edward
RAPACKI, Adam
ZAMBROWSKI, Roman
ZAWADZKI, Alexander

CYRANKIEWICZ, Josef - geb. 1911 in Tarnow, absolvierte die juristische Fakultät in Krakau, aktiv in der sozialistischen Studentenorganisation, Mitglied der Polnischen Sozialistischen Partei, 1936 Sekretär der PPS in Katowice, 1941 von den Deutschen verhaftet und in das Konzentrationslager Auschwitz gebracht, 1943 Leiter der Sozialistischen Widerstandsgruppe im Kz und erste Verbindungen mit den Kommunisten.

Nach 1945 Generalsekretär der Polnischen Sozialistischen Partei. Anhänger der Zusammenarbeit mit den Kommunisten, nach Vereinigungskongress der PPS mit PPR Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der PZPR, von Februar 1947 bis November 1952 und ab März 1954 bis heute Premierminister, Mitglied des Politbüros des ZK d. PZPR, Vorsitzender der Gesellschaft für Polnisch-Sowjetische-Freundschaft, Sejm-Abgeordneter.

GOMULKA, Wladyslaw - siehe gesonderte Biographie.

JENDRYCHOWSKI, Stefan - geb. 1909 in Wilno, alter Kommunist, während seines juristischen Studiums in prokommunistischen Studentenorganisationen aktiv. Herausgeber einer linksradikalen Zeitung "Poprostu", später führende Persönlichkeit innerhalb der links eingestellten Intellektuellen. Kurz nach dem Kriege leitete er die Polnische Gesandtschaft in Moskau und Paris, später Marineminister, ferner Aussenhandelsminister, 1947 Leiter der Propagandaabteilung beim ZK der PPR. Ab 1952 Vizepremier. Ab 1948 Mitglied des ZK der PZPR, Sejm-Abgeordneter, ab 1956 Leiter der Staatlichen Planungskommission. Gilt als einer der gebildetesten und engsten Mitarbeiter Cyrankiewicz's.

LOGA-SOWINSKI, Ignacy - altes Mitglied der Kommunistischen Partei Polens, während des Krieges Sekretär der PPR in Lodz, Mitglied des ZK der PPR, leitete nach 1945 die Gewerkschaftsorganisation in Lodz, Organisator der Gewerkschaften in Lodz, nach Verhaftung Gomulkas und Spychalskis auch einige Monate in Haft, später von allen verantwortlichen Posten in der Partei abgesetzt und auf zweitwichtige Stelle in der Leitung einer Genossenschaft in der Provinz abgeschoben, am 14. November zum Vorsitzenden des Zentralrates der Gewerkschaften gewählt.

MORAWSKI, Jerzy - während des Krieges Mitglied der PPR, Mitglied des ZK der PZPR, Sejm-Abgeordneter, ab Januar 1955 Sekretär der PZPR.

OCHAB, Edward - geb. 1906 in Krakau, Sohn eines Polizisten, 1928 in die Armee einberufen, später wegen kommunistischer Betätigung ausgestossen, in der kommunistischen Bewegung besonders in Krakau sehr aktiv, wegen Organisierung eines Streiks verhaftet, Kominternschulung in der Sowjetunion, durch die polnischen Behörden zu vier Jahren Gefängnis verurteilt, wegen Krankheit vorzeitig entlassen aber 1938 wieder zu zehn Jahren verurteilt. Bei Kriegsausbruch 1939 nach der Sowjetunion geflüchtet, studierte auf der Politischen Akademie in Moskau, aktiv unter den polnischen Emigranten in Moskau, später Oberst und dann politischer Kommissar in der 3. Division der Polnischen Armee.

1945 Vizeminister der Öffentlichen Verwaltung in der Regierung Osubka-Morawski, verantwortlich für die Organisierung der Gefängnisse und Straflager. Ab zweite Hälfte 1945 ausschliesslich im Parteiapparat, Mitglied des ZK PPR, Frühjahr 1946 Sekretär der PPR in Katowice, 1948 Leiter der Zentralen Kommission der Gewerkschaften, April 1949 Vizeminister für Verteidigung, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK PZPR. Rückt in der Partei ständig vorwärts, gilt schon 1952 als zweite Person nach Bierut, Günstling Stalins, Theoretiker der Partei. Sejm-Abgeordneter, Mitglied des Vorstandes der Polnisch-Sowjetischen-Freundschaftsgesellschaft und der Polnischen Gesellschaft für die Verbindung mit dem Ausland. Nach Ableben Bieruts zum Ersten Sekretär des PZPR gewählt.

RAPACKI, Adam - geb. 1909, während der Studentenzeit Mitglied der sozialistischen Studentenorganisation, während des II. Weltkrieges verhaftet und in mehrere Konzentrationslager verbracht. Ab 1945 Mitglied der Polnischen Sozialistischen Partei, zusammen mit Cyrankiewicz für die Vereinigung mit der PPR. Ab Mai 1950 Minister für Hochschulwesen, Mitglied des ZK der PZPR, Sejm-Abgeordneter. Ab 1955 Kandidat des ZK der PZPR. Ab 1956 Aussenminister.

ZAMBROWSKI, Roman - geb. 1909 in Warschau, seit 1920 Mitglied der KPP, mehrere Male verhaftet und verurteilt. 1939 im KZ Beresa Kartuska, später in der Sowjetunion, ab 1943 in der polnischen Armee in der Sowjetunion, Chef für politische Erziehung in der 1. Division. Ab 1945 Mitglied des ZK PPR, Referent für Bodenreform, ab Februar 1947 bis Mitte 1952 Vizemarschall des polnischen Sejms und Mitglied des Staatsrates. Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der PZPR. Spezialist für die Kollektivierung. Heute Mitglied des Politbüros, Sejm-Abgeordneter.

ZAWADZKI, Alexander - geb. 1899, Sohn eines Bergmannes, selbst Bergmann, Mitglied der KPP, 1926 verhaftet und zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. 1935 Bezirkssekretär der KPP, wegen illegaler Tätigkeit in der polnischen Armee 1936 zu fünfzehn Jahren Gefängnis verurteilt, bei Kriegsausbruch nach der Sowjetunion geflüchtet, in die sowjetische Armee eingetreten, Stalingradkämpfer, später in der polnischen Armee.

1945 Sonderbeauftragter der Regierung für Oberschlesien, später Wojewode in diesem Gebiet. Von Januar bis Juli 1949 Vizepremier in der Regierung Cyrankiewicz, später bis Mai 1950 Vorsitzender der Gewerkschaften, ab Mai 1950 bis November 1952 wieder Vizepremier. Ab November 1952 Vorsitzender des Staatsrates. Bekleidet diesen Posten bis heute, der etwa dem Posten des Staatsoberhauptes entspricht. Mitglied des Politbüros des ZK PZPR, Sejm-Abgeordneter.

SEKRETARIAT:

ALBRECHT, Jerzy
GIEREK, Edward
GOMULKA, Wladyslaw
JAROSINSKI, Witold
MATWIN, Wladyslaw
OCHAB, Edward
ZAMBROWSKI, Roman

ALBRECHT, Jerzy - geb. 1914 in Lodz, absolvierte die Warschauer Technische Hochschule, Mitglied der kommunistischen Studentenorganisation, während des Krieges Mitglied des Warschauer Komitees der PPR, führender Widerstandsfunktionär, 1942 verhaftet und in Konzentrationslager verbracht, nach Kriegsende Sekretär des Warschauer Stadtkomitees der PPR, später Leiter der Propagandaabteilung im ZK der PPR, ab Dezember 1948 Mitglied des ZK der PPR, ab 1950 Oberbürgermeister von Warschau, Sejm-Abgeordneter, ab März 1956 Sekretär des ZK der PZPR.

GIEREK, Edward - Sekretär der PZPR in Katowice, seit März 1954 Mitglied des ZK der PZPR und Leiter der Abteilung für Schwerindustrie beim ZK der PZPR, seit März 1956 Sekretär der PZPR.

GOMULKA, Wladyslaw - siehe gesonderte Biographie

JAROSINSKI, Witold - alter Kommunist, während des Krieges im Westen (wahrscheinlich in Chile), ab Juli 1950 Mitglied des ZK der PZPR, Minister für Schulwesen, gilt als enger Mitarbeiter von Cyrankiewicz und als ein sehr gebildeter Intellektueller mit vielfachen Sprachkenntnissen.

MATWIN, Wladyslaw - geb. 1916, Berarbeitersohn, Mitglied des ZK der PZPR, Sejm-Abgeordneter, ab Januar 1955 Sekretär der PZPR.

OCHAB, Edward - siehe Biographie unter Politbüro

ZAMBROWSKI, Roman - siehe Biographie unter Politbüro

I. Kalender der polnischen Revolution

18. Oktober

Plenum der Vereinigung der Polnischen Jugend - ZMP, Brief des Plenums an das VIII. Plenum des ZK der PZPR, in dem betont wird: 1. Die Veränderungen auf dem Gebiet des politischen und wirtschaftlichen Lebens gehen sehr langsam vor sich, was der Partei zum Schaden gereicht. 2. Gomulka soll in die Parteiführung wieder aufgenommen werden. 3. Die administrative Kontrolle der Presse soll aufgehoben werden. - Im ganzen Lande Diskussionen über die Einführung der Arbeiterselbstverwaltung in den Fabriken. - Zentralrat der Gewerkschaften verlangt unter dem Druck des demokratischen Teils der Mitglieder vom VIII. Plenum Präzisierung der Wirtschaftspolitik, eine klare Unterstützung der Initiative der Arbeiter bei der Betriebsleitung.

19. Oktober

Beratungen des Plenums haben begonnen. - IV. Plenum des Vorstandes der Vereinigten Bauernpartei - ZSL. Der Vorsitzende IGNAR verlangt verschiedene Zugeständnisse, Plenum spricht sich für Demokratisierung des Landes aus. - Gärung unter dem Warschauer Arbeitern erreicht ihren Höhepunkt: die Parteiorganisation in der Personenkraftwagenfabrik in Zeraniu entsendet nach turbulenter Versammlung eine Delegation von fünf Mitgliedern in die Sitzung des VIII. Plenums. Die Versammlung der Arbeiter verlangt mehr Selbständigkeit für die Betriebe, verurteilt einige Parteifunktionäre wegen nationalistischer Propaganda und Stimmungsmache gegen die Intelligenz. "Wir erwarten, dass das VIII. Plenum des ZK zusammen mit den gerechten politischen Beschlüssen auch organisatorische und personelle Beschlüsse fassen wird, die dem Verlangen der Massen und der Parteimitglieder entsprechen". Treffen des Arbeiteraktivs der Personenkraftwagenfabrik mit dem der

Warschauer Motorräderfabrik. Beide Arbeiterparteiorganisationen für eine Demokratisierung und Dezentralisierung. Beschluss: Arbeiterselbstverwaltung muss allgemein gültig sein. - In allen Warschauer Betrieben Parteiversammlungen. In jenen Fabriken, in denen die Parteileitung sich für die Natolin-Gruppe ausspricht, spontane Entfernung der stalinistischen Funktionäre. - In Warschau starke Armeebewegungen. - Exfaschist PIASECKI, jetzt Führer einer prokommunistischen katholischen Gruppe "Pax", veröffentlicht in "Slowo Powszechne" einen Artikel zugunsten der Stalinisten: Statt "luxuriöser" Diskussion und Demokratisierung "Kult der starken Hand". - Offizielle polnische Quellen schweigen noch: die sowjetische Delegation ist abends in Warschau eingetroffen. - In allen Warschauer Betrieben Alarmbereitschaft. Auf Empfehlung der Parteiorganisationen bleiben alle Arbeiter über Nacht in den Betrieben. - Versammlungen der Parteiorganisationen in der Warschauer Universität und Technischen Hochschule.

20. Oktober

Die sowjetische Delegation verlässt Warschau nach einer Nachtkonferenz mit den Vertretern des VIII. Plenums. - Polnische Presse und Rundfunk veröffentlichen erste Meldungen über die Anwesenheit der sowjetischen Delegation und die stattgefundenen Gespräche: Von sowjetischer Seite waren anwesend: CHRUSCITSCHEW, KAGANOWITSCH, MIKOJAN und MOLOTOW; von polnischer Seite: CYRANKIEWICZ, DWORAKOWSKI, GIEREK, GOMULKA, JEDRYCHOWSKI, JOZWIAK-WITOLD, CHELKOWSKI, R. NOWAK, Z. NOWAK, OCHAB, RAPACKI, ROKOSSOWSKI, STAWINSKI, ZAMBROWSKI und ZAWADZKI. "Die Gespräche wurden mit aller Offenheit geführt". Die Fortsetzung wird in Moskau erfolgen. - GOMULKA, KLISZKO, LOGA-SOWINSKI und SPYCHALSKI sind in das Zentralkomitee der PZPR wieder aufgenommen worden. Die Spannung in Warschau pflanzt sich über das ganze Land fort. Rundfunk und Presse melden Arbeiterversammlungen in allen Städten Polens. - "Prawda" veröffentlicht antipolnische Artikel "Antisozialistische Äußerungen in der polnischen Presse".

21. Oktober

Gomulkas Rede vor dem Plenum des ZK der PZPR. - Neues Sekretariat des ZK und neues Politbüro gewählt. Die gesamte Presse bringt die Rede Gomulkas, Rundfunk wiederholt sie mehrmals. - Mehrere Arbeiterdelegationen zum VIII. Plenum des ZK der PZPR. - Im ganzen Lande begrüßen Versammlungen das neue Sekretariat und Politbüro. Parteiversammlungen in Krakau: Für Demokratisierung der Armee, Presse berichtet über Massenversammlungen der Studenten der Warschauer Technischen Hochschule. Man fordert: Demokratisierung, Öffentlichkeit des politischen Lebens, Unterstützung Gomulkas. - Versammlung der Studenten der Krakauer Universität verlangt: Unabhängigkeit und Souveränität des Landes, Abberufung aller Feinde der Demokratisierung aus der Parteiführung. - Erste entschlossene Stimmen gegen den "Prawda"-Artikel von Z. ARTYMOWSKA in "Trybuna Ludu". - Versammlung in der Militärischen Technischen Akademie in Warschau. Tausende von Soldaten und Offizieren verkünden Solidarität der Soldaten mit den Arbeitern: Die polnische Armee wird sich niemals gegen das Volk stellen. - Mannschaften von Schiffen auf hoher See grüssen Gomulka. - Grosse Arbeiterversammlung in der Personenkraftwagenfabrik in Zeraniu: "Proletarische Grüsse dem VIII. Plenum für die leninistischen Prinzipien bei der Zusammenarbeit der Völker, für Demokratisierung". - Parteiorganisation der Stadt Warschau solidarisiert sich mit den Fabrikparteiorganisationen. - Versammlung der Vereinigung der Polnischen Jugend in Lodz: "Wir sehen in der Wahl Gomulkas einen Sieg der Gerechtigkeit, wir stehen auf der Grundlage eines konsequenten Kampfes gegen den Stalinismus".

22. Oktober

Polnische Armee entscheidet sich gegen den Willen der stalinistischen Offiziere für Demokratisierung: Soldatenzeitung "Zolnierz Wolnosci" gegen jene Elemente in der Armee, die Demokratisierungsprozeß hemmen, während einer Versammlung der Soldaten und Offiziere Rehabilitierung der unschuldig liquidierten polnischen Offi-

ziere verlangt. - Eine Versammlung von Offizieren und Unteroffizieren des Oberkommandos der Artillerie fordert sofortige Prüfung der politischen Erziehungslage der Armee, die Beamten der Militärstaatsanwaltschaft und des Militärgerichtes verlangen die Bestrafung der für den Tod der neunzehn Stabsoffiziere Verantwortlichen. - Versammlung in der Militärischen Politischen Dzerszynski-Akademie für Demokratisierung, Presse und Rundfunk melden Massenversammlungen in den Marineeinheiten. - Korps für innere Sicherheit in Warschau während einer Versammlung für Souveränität, gegen Versuch, Armee vom Volke zu trennen, gegen die Anstifter des Antisemitismus. - Mitarbeiter der Sicherheitsorgane in Polen für Demokratisierung und Gomulka.

23. Oktober

General SPYCHALSKI wird zum Vizeverteidigungsminister und Chef der Politischen Hauptverwaltung ernannt. Brigadegeneral WITASZEWSKI, ein führender Stalinist, abgesetzt. - Versammlungen der polnischen Studenten und Aspiranten in Moskau: Begrüssen Wahl Gomulkas und unterstützen Demokratisierung des politischen und wirtschaftlichen Lebens. Generalstaatsanwaltschaft der Polnischen Volksrepublik ordnet Prüfung aller Verhaftungen in Posen an. Alle, die nicht des Mordes oder des Raubes verdächtig sind, werden entlassen und ihr Verfahren eingestellt. - Presse und Rundfunk melden spontane Umbenennung aller nach Stalin benannten Strassen, Denkmäler, Betriebe, Institutionen und Ortschaften. - Parteiversammlung im Oberkommando der Luftwaffe: Für die Beschlüsse des VIII. Plenums, für öffentliche Rehabilitierung der liquidierten Offiziere, für eine Reorganisierung des Politapparates in der Armee. - Brief Gomulkas an die Einwohner Posens. - Massenversammlung in Posen, Redner LOGA-SOWINSKI. Vereinigung polnische Literaten gegen PIA-SECKI. - Polnischer Rundfunk und Presse veröffentlichen Begrüssungstelegramms der Angestellten des Budapester Rundfunks. Die ungarischen Studenten begrüßen den polnischen Kampf gegen den Stalinismus. - Während der X. Session des Sejms verlangt Abgeordneter HOCHFELD eine politische Diskussion zur Lage. Der anwesende

Leiter einer jugoslawischen parlamentarischen Delegation, Petro STAMBULICOW, hält vor polnischem Parlament eine Rede, in welcher er u.a. sagt: "Die Völker Jugoslawiens sind mit ihren ganzen Herzen beim polnischen Volk, das mit seiner Führung heute in einem schweren Kampf um die Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie und die Lösung anderer wichtiger Probleme steht."

24. Oktober

Versammlung der Offiziere, Unteroffiziere, Soldaten und Zivilangestellten in der Swierszewski-Akademie des Generalstabes: Begrüßen die Ernennung General SPYCHALSKI's, für eine Demokratisierung der polnischen Armee. - Gomulka während einer Massenversammlung auf dem Defiladenplatz: Demonstrationen und Meetings unterbrechen, zur Arbeit übergehen, antisowjetische Agitation vermeiden, Cruschtschew sicherte eine Abberufung der sowjetischen Armee auf ihre Basen im Laufe von zwei Tagen zu. Sowjetische Experten aus der polnischen Armee werden abberufen. Warschauer Studenten kamen mit ungarischen Nationalfahnen in die Versammlung. Eine kleine Gruppe versucht erfolglos, eine antisowjetische Demonstration aufzuziehen. - Die Studenten der Warschauer Technischen Hochschule senden den ungarischen Studenten und der Bevölkerung von Budapest ihren Dank für die ausgesprochenen Sympathien. - Angestellte des Polnischen Innenministeriums für Demokratisierung des polnischen Lebens. Gesamte polnische Presse und Rundfunk gegen antisowjetische Propaganda: Wer antisowjetische Manifestationen veranstaltet, macht Gomulka Schwierigkeiten, stört die Durchführung des Demokratisierungsplanes. - Während der X. Session des Sejms Veränderungen in der Regierung. CYRANKIEWICZ kündigt Reorganisierung der Regierung, grössere Selbständigkeit der Minister an. Abgeordneter DROBNER: Die Unkenntnis unserer Verhältnisse war Ursache für die Veröffentlichung eines Artikels in "Prawda", der auf uns alle seinen Schatten geworfen hat. ... Genosse Bulganin war schlecht informiert, als er unsere Industrie und die Erhöhung unserer Lebensstandards

sehr lobte, aber er war auch über den 22. Juli schlecht informiert und darüber muss man sich heute klar sein.

25. Oktober

Veröffentlichung des Beschlusses des VIII. Plenums über die aktuellen politischen und wirtschaftlichen Aufgaben der Partei. - Bildung einer Kommission für Prüfung der Verantwortlichkeit der Parteimitglieder, die die Tätigkeit der Sicherheitsorgane in der Vergangenheit kontrollierten. - Appell des Senats der Warschauer Universität an die Studenten: Ruhe, Disziplin und Beherrschung. Studenten beschliessen auf einer Versammlung, jede Provokation und Unruhe zu vermeiden. - Offene Krise in den Gewerkschaften: Gewerkschaftsfunktionäre gegen stalinistische Führung. Landeskonferenz der Gewerkschaftsvertreter: im Laufe der nächsten zwei Monate soll ausserordentlicher Kongress der Gewerkschaften einberufen und neue Führung gewählt werden. Der Vorsitzende KLOSIEWICZ erklärt, die Beschlüsse des VIII. Plenums zu unterstützen, die Gewerkschaftsfunktionäre glauben ihm nicht. Presse und Rundfunk melden eine spontane Aktion im Lande für Entfernung der stalinistischen Funktionäre aus dem Parteiapparat.

26. Oktober

Erste Meldungen über Parteikonferenzen in den Wojewodschaftsorganisationen der PZPR: In Bydgoszcz - zwei Erste Sekretäre als Gegner der Demokratisierung abgesetzt, neue Sekretäre gewählt, gesamte Exekutive zurückgetreten; in Gdansk (Danzig) zwei Erste Sekretäre in den Wojewodschaftskomitees zurückgetreten, Wahl neuer Sekretäre; in Olsztyn - neue Exekutive gewählt. - In den Danziger Werften hat erster Arbeiterrat des Küstengebietes seine Arbeit aufgenommen. - Presse und Rundfunk melden die Entfernung stalinistischer Funktionäre aus den verschiedenen parteilichen und gesellschaftlichen Organisationen.

27. Oktober

Aktion gegen Stalinisten dauert weiter an: im Wojewodschaftskomitee der PZPR Warschau gesamte Exekutive zurückgetreten, Wahl neuer Erster Sekretäre, im Wojewodschaftskomitee Zielona Gora Erster Sekretär zurückgetreten; während des Plenums des Wojewodschaftskomitees der PZPR in Lublin neue Exekutive und neues Sekretariat gewählt. - In allen Betrieben verlangen Arbeiter Einführung der Arbeiterräte. Lenin-Hütte ruft vorläufige Arbeiterselbstverwaltung ins Leben. - Landeskonferenz der Oberbefehlshaber und politischen Offiziere der polnischen Armee. Vorsitzender General SPYCHALSKI anwesend: GOMULKA, CYRANKIEWICZ, ZAWADZKI.

28. Oktober

Weitere Berichte über die Entstalinisierung der Parteiapparate in verschiedenen Orten des Landes: Krakau, Kielce, Olsztyn. - Massensammlung von Blutkonserven und Medikamenten für Ungarn. - Kardinal WYSZYNSKI wieder in erzbischöflichen Palast in Warschau zurückgekehrt. - Erste offizielle Nachricht über Beurlaubung von Marschall ROKOSSOWSKI.

29. Oktober

Appell des ZK der PZPR an Ungarische KP und Regierung: Blutvergießen einstellen. Massenaktion für Budapest: 4.000 Tonnen Blutplasma und Arzneien nach Ungarn geschickt. Geldsammlung. Manifestation des Ungarischen Instituts in Warschau. - Konferenz der politischen Armee-Offiziere. Erst offizielle Bekanntgabe, dass ROKOSSOWSKI beurlaubt ist. - Die ersten Arbeiterräte in den landwirtschaftlichen Staatsgütern im Gebiet von Stettin.

30. Oktober

Dreitätige Landeskonzferenz des Aktivs der studentischen Vereinigung der polnischen Jugend - ZMP: Ein Teil für Auflösung der studentischen ZMP und Bildung einer revolutionären Studentenorganisation. Zwei Briefe verfasst: an die polnischen und an die sowjetischen Studenten. - Befehl an die polnische Armee zur entstandenen Lage. Bildung einer speziellen Parteigruppe für Armeeangelegenheiten in der polnischen Armee. Erster Bericht über wichtige Veränderungen in der polnischen Armee. - Konferenz des Gewerkschaftsaktivs in Wroclaw: heftige Kritik an der Gewerkschaftszentrale.

1. - 3. November

Spontane Aktion der Entfernung der Stalinisten aus dem Parteiapparat dauern an. - IV. Plenum des Vorstandes der Vereinigung der Polnischen Jugend, Entfernung der Stalinisten aus der Führung; Wahl der neuen Sekretäre. - In Presse und Rundfunk Diskussion zum Thema: Beziehungen zwischen Polen und Sowjetunion. - Sitzung der Partei-Staatlichen Kommission für Wirtschaftsexperimente: Erweiterung der Kompetenzen der Betriebe und Einführung der Arbeiterselbstverwaltung. - Am 3. November Rede GOMULKA's vor dem Parteiaktiv: Gegen spontane Veränderung im Parteiapparat. - Berichte über die Versöhnung zwischen Kirche und Staat

5. November

Während der feierlichen Akademie anlässlich des 39. Jahrestages der Oktoberrevolution sprach Präsident ZAWADZKI: Wir versuchten, die sowjetische Delegation davon zu überzeugen, daß die Entwicklung in Polen keinen antisowjetischen Charakter hat. Primas WYSZYNSKI hielt eine Rede: Keine Unterstützung von Abenteuern, Rückkehr zur Arbeit. Alle fünf polnischen Bischöfe sind aus der Haft entlassen und amtieren in ihren Residenzen. - Neues

Communiqué über wichtige Veränderungen in der Armee. Mehrere Offiziere reaktiviert, 32 sowjetische Experten aus der Armee entlassen.

13. November

Wichtige Veränderungen in der Regierung: Marschall ROKOSSOWSKI von seinem Posten zurückgetreten. General SPYCHALSKI zum Verteidigungsminister, General ZARZYCKI zum Stellvertretenden Verteidigungsminister und Chef der politischen Hauptverwaltung ernannt. Enger Mitarbeiter Gomulkas, der führende Theoretiker BIENKOWSKI, zum Minister für Volksbildung ernannt. KLOSIEWICZ aus verschiedenen Staatsposten abberufen.

14. November

Reise der Delegation der PZPR nach Moskau. Mitglieder der Delegation: GOMULKA, CYRANKIEWICZ, ZAWADZKI, JEDRYCHOWSKI und verschiedene andere Experten.

19. November

Veröffentlichung der gemeinsamen Erklärung zum Abschluß der sowjetisch-polnischen Gespräche, unterschrieben von BULGANIN, CHRUSCHTSCHEW, CYRANKIEWICZ, GOMULKA.